



POLEN-ANALYSEN

www.laender-analysen.de/polen

OBERSCHLESILIEN IM SOZIO-ÖKONOMISCHEN WANDEL

■ ANALYSE	
Abschied von der Kohle	2
Józef Krzyk, Gazeta Wyborcza, Kattowitz	
■ STATISTIK	
Die Bevölkerungs- und Sozialstruktur in der Woiwodschaft Schlesien	7
Studium und Kultur in der Woiwodschaft Schlesien	10
■ STATISTIK	
Covid-19 in Polen (Stand: 15. März 2021)	12
■ CHRONIK	
Covid-19-Chronik, 16. Februar – 15. März 2021	16
■ CHRONIK	
16. Februar – 15. März 2021	18
■ LESEHINWEIS	
Jahrbuch Polen 2021 Oberschlesien	22

Abschied von der Kohle

Józef Krzyk, Gazeta Wyborcza, Kattowitz

DOI: 10.31205/PA.271.01

Zusammenfassung

Die Woiwodschaft Schlesien (województwo śląskie) ist eine der wichtigsten Wirtschaftsregionen in Polen. Die Dominanz des Kohleabbaus, die etliche Generationen prägte, besteht nicht mehr; es arbeiten nur noch wenige Zechen und der stillgelegte Industriezweig wird musealisiert. Indessen hat sich der Dienstleistungssektor entwickelt und hat sich insbesondere in Kattowitz (Katowice) die IT-Branche etabliert. In Gleiwitz (Gliwice) und an anderen Standorten ist die Autoindustrie ansässig, eng verzahnt mit anderen Industrien sowie den Hochschulen. Internationale Firmen, Wirtschaftskongresse, moderne Stadtviertel, Bildungs- und kulturelle Einrichtungen bestimmen heute die dynamischen Zentren der Sonderwirtschaftszone, an der Peripherie steht den meisten aber noch ein langer Weg bis zu einem ähnlich hohen Lebensstandard bevor.

Bereits seit 200 Jahren wird in und um Kattowitz Kohle abgebaut. Eines der Bergwerke, das unter polnischer Hoheit den gleichen Namen wie die Stadt trug, befand sich mitten im Stadtzentrum. Auf dem ehemaligen Zechengelände wurden in den letzten Jahren ein moderner Konzertsaal für das Nationale Sinfonieorchester des Polnischen Rundfunks, Polens größtes Kongresszentrum sowie ein Gebäudekomplex des Schlesischen Museums errichtet. Über dem Museumsareal thront ein nachgebauter Zechenturm als Aussichtspunkt. Der ursprüngliche Turm konnte nicht gerettet werden. Erhalten geblieben sind hingegen das Zechenhaus und das Maschinenhaus vor dem Hauptgebäude des Museums.

Wie das Ende der Welt

Für Liebhaber*innen von Industriedenkmalern ist das natürlich eine große Attraktion, doch die Menschen in den umliegenden Bezirken denken wehmütig an die Zeiten zurück, als die meisten von ihnen im Bergbau ihren Lebensunterhalt verdienten. Nach der Schließung zahlreicher Zechen zahlte der polnische Staat den betroffenen Bergleuten eine Abfindung in der Höhe eines Jahresverdienstes oder sicherte allen die Weiterbeschäftigung in anderen Bergwerken zu. Trotz der staatlichen Hilfsprogramme brach mit der Schließung der Gruben für die meisten Kumpel eine Welt zusammen. In den darauffolgenden Wahlen mussten die für die Schließung verantwortlichen politischen Parteien in den mehrheitlich von Bergarbeitern bewohnten Siedlungen (wie in der Nähe des heutigen Schlesischen Museums) einen hohen Preis zahlen. Die seit 2015 in Polen regierende Partei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) sowie Staatspräsident Andrzej Duda errangen in den Wahlbezirken eine Mehrheit, da sie versprachen, die Schließung der Gruben zu verhindern. Zur Bestürzung von Umweltschützer*innen wiederholte das pol-

nische Staatsoberhaupt diese Erklärung auch auf der UN-Klimakonferenz im Dezember 2018 in Kattowitz. Während Politiker*innen, Wissenschaftler*innen und Aktivist*innen mögliche Maßnahmen für einen stärkeren Umweltschutz und den beschleunigten Ausstieg aus fossilen Energiequellen diskutierten, machte Duda klar, dass Polen keineswegs aus der Kohle aussteigen werde, da die Vorräte im Land schließlich noch zweihundert Jahre reichen würden. Dudas Rede traf bei den Vertretern der Bergbaugewerkschaften auf Zustimmung. Doch schon bald wurde klar, dass die Erfüllung seiner Zusagen nicht ohne erhebliche staatliche Subventionen realisiert werden kann, da die in den schlesischen Gruben geförderte Kohle teurer ist als die aus Russland oder den USA bzw. Kolumbien importierte – und das trotz der hohen Transportkosten. Aufgrund von Verordnungen der Europäischen Union darf die polnische Regierung staatliche Bergwerke nicht direkt bezuschussen. Sie tut dies jedoch indirekt durch die staatlich kontrollierten Energiekonzerne, wobei die Kosten letztendlich über höhere Stromrechnungen von den polnischen Endverbraucher*innen getragen werden. Auch im Regierungslager sind sich einige Politiker*innen sehr wohl bewusst, dass der polnische Staat die Kohleindustrie langfristig nicht uneingeschränkt weiter subventionieren kann. Im Sommer 2020 legte die Regierung sogar einen Plan zur Schließung der besonders defizitären Bergwerke vor, zog diesen jedoch umgehend wieder zurück, nachdem die Gewerkschaften dagegen protestierten.

Ins Büro statt in den Schacht

Trotz dieser politischen Entwicklung ist die wichtigste polnische Wirtschaftsregion von einem tiefgreifenden Wandel geprägt. In der ca. zwei Millionen Einwohner*innen zählenden Metropolregion um das oberschlesische und das Dombrowaer Kohlenbecken – die Städtekette reicht von Gleiwitz im Westen bis nach Kattowitz

und Sosnowitz (Sosnowiec) im Osten – arbeiten heute schon fast genauso viele Menschen im Dienstleistungssektor, besonders in der IT-Branche, wie im Bergbau. In Kattowitz und Gleiwitz sind es noch mehr. In Kattowitz existieren nur noch zwei aktive Kohlebergwerke (ein weiteres befindet sich bereits in der Abwicklung), in Gleiwitz gibt es nur noch eine aktive Zeche. Sie befinden sich eher in städtischen Randgebieten, sind daher also für Besucher*innen nicht unbedingt sichtbar. Insbesondere Kattowitz hat sich in den letzten Jahren verändert, aus einer von Bergbau und Industrie dominierten Stadt wurde ein Zentrum für Bildung und Kultur. Die Stadt muss sich dabei keinesfalls hinter Warschau oder Krakau verstecken. Nicht ohne Grund fand die UN-Klimakonferenz gerade hier statt. Die Konferenzteilnehmer*innen waren begeistert, als sie im Rahmen der Veranstaltung die ehemalige Arbeitersiedlung Nickischschacht (Nikiszowiec) besichtigen konnten, die Anfang des 20. Jahrhunderts nach den Plänen der Architekten Emil und Georg Zillmann erbaut wurde. Sie besuchten auch Gieschewald (Giszowiec), eine ebenfalls von den beiden Berliner Architekten entworfene und als Gartenstadt konzipierte Kolonie. Der moderne Charakter von Kattowitz wird auch dadurch demonstriert, dass die Berliner Philharmoniker dort wenige Wochen nach der Klimakonferenz im bis auf den letzten Platz gefüllten Konzertsaal des Nationalen Symphonieorchesters einen Auftritt feierten. So ein Konzert wäre einige Zeit zuvor noch undenkbar gewesen, da es in Kattowitz keine entsprechenden Räumlichkeiten für eine so große Veranstaltung gegeben hatte. In Warschau, so betonen Musikliebhaber*innen aus Oberschlesien nicht ohne Stolz, träumt man immer noch von einer derartigen Konzerthalle. Im Saal des Nationalen Symphonieorchesters des Polnischen Rundfunks und der dazu gehörenden sogenannten »Kulturzone« (Strefa Kultury) erklingen jedoch nicht nur klassische Töne. Hier finden auch Festivals und Konzerte für Liebhaber*innen von Rock, Jazz, Blues und alternativer Musik statt.

Kongresse und Wettbewerbe

Auch das Bild der Stadt hat sich verändert. Im Umfeld von Schlesischem Museum, Internationalem Kongresszentrum und Konzerthaus sind in den letzten Jahren große Bürokomplexe sowie das in der Region größte Einkaufs- und Dienstleistungszentrum Silesia City Center entstanden. 2019 erreichte die Stadt einen Rekordwert von über einer Million Besucher*innen, viele von ihnen waren Geschäftsreisende. Allein 174.000 Menschen besuchten das Intel Extreme Masters, ein E-Sportturnier mit den besten Wettkampfteilnehmer*innen aus der ganzen Welt. Ebenfalls in Kattowitz findet jedes Jahr der Europäische Wirtschaftskongress (EEC) statt. Jede dieser Veranstaltungen zieht weitere Events nach sich,

2019 konnte die Stadtverwaltung 6.500 größere Wirtschaftstreffen in der Stadt verbuchen. Im Zuge dessen wächst auch die Zahl der Hotels und Bürogebäude. Was die Bürofläche betrifft, belegt Kattowitz landesweit den fünften Platz. Das neueste Beispiel ist unweit der Mehrzweckhalle Spodek (dt. Untertasse) zu bestaunen, die als architektonisches Wahrzeichen der Stadt gilt. Fast 50 Jahre lang stand hier ein 70 Meter hohes Gebäude, in dem die regionale Direktion der polnischen Eisenbahnen ihren Sitz hatte. Der neue Eigentümer entschied sich für den Abriss des alten Hochhauses und errichtete an gleicher Stelle einen aus zwei Türmen bestehenden, doppelt so hohen Bürokomplex.

Sprechen Sie Finnisch?

Gewichtiger Investor und Mieter zahlreicher Büroflächen in Kattowitz ist die im Outsourcing-Sektor tätige Firma Capgemini. Die Firma beschäftigt über 2.300 Mitarbeiter*innen, die meisten von ihnen arbeiten im Bürokomplex Face2Face Business Campus in der Chorzowska-Straße, wo früher die Sporthalle der mittlerweile stillgelegten Baildonhütte stand. In Kattowitz befinden sich zwei Geschäftsbereiche von Capgemini: die Einheit Business Services, die sich mit Outsourcing von Geschäftsprozessen für Kund*innen beschäftigt, sowie Cloud Infrastructure Services, wo technologische Dienstleistungen erbracht werden. Hier sind vor allem Mitarbeiter*innen mit Fremdsprachenkenntnissen gefragt, in erster Linie für die Sprachen Deutsch, Französisch und Spanisch, aber beispielsweise auch für Finnisch und Schwedisch. Im Juli 2018 eröffnete die Firma Fujitsu ein Global Delivery Center in Kattowitz. Im Bürokomplex nahe der Spodek-Halle befindet sich nun eines von weltweit insgesamt acht globalen Fujitsu-Servicezentren, in denen digitale Dienstleistungen für insgesamt 1,2 Millionen Nutzer*innen erbracht werden. Die Vertreter*innen der Firma machten deutlich, dass sie in der Metropole Oberschlesien mit ihren zwei Millionen Einwohner*innen großes Potential sehen, vor allem im Hinblick auf die hohe Qualifikation der Arbeitskräfte in der Region. Aus diesem Grund haben sich auch andere große Firmen in Kattowitz angesiedelt: IBM, das im Bereich Beratung und Outsourcing tätige Unternehmen Accenture, TÜV Rheinland, Groupon, ING, PricewaterhouseCoopers, Rockwell Automation sowie die Management- und Technologieberatung Sopra Steria. Weil die Stadtoberen erkannten, dass es mehr braucht als nur hochqualifizierte Arbeitskräfte, um internationale Firmen für den Standort zu gewinnen, haben sie verstärkt in die Infrastruktur investiert. Einige vorher stark befahrene Straßen wurden speziell für Fußgänger*innen verkehrsberuhigt umgebaut und begrünt, so dass dort innerhalb kürzester Zeit Clubs, Cafés und Restaurants eröffneten. An den meisten Aben-

den, wenn die Studierenden aus ihren Vorlesungen und Seminaren eilen und die Arbeiter*innen und Angestellten ihre Büros verlassen, lässt sich hier kaum ein freies Plätzchen finden. Der Trend der vergangenen Jahre, als die jungen Leute noch in Scharen nach Warschau strömten, um dort Karriere zu machen, hat sich umgekehrt. Die Firmen in Oberschlesien zahlen zwar nicht so hohe Gehälter wie die in Warschau, jedoch sind die Lebenshaltungskosten in Kattowitz auch niedriger als in der Hauptstadt. Eine Programmiererin verdient schon direkt nach dem Studium mehr als ein Bergarbeiter mit langjähriger Berufserfahrung.

Alles begann mit Opel

Auch die Stadt Gleiwitz nahm eine ähnlich positive Entwicklung wie Kattowitz. Der Erfolg kam mit der Fokussierung auf die Automobilindustrie. Im Jahr 1998 nahm der Konzern General Motors hier eine Produktionsstätte in Betrieb, das Opel-Werk wurde zum Zugpferd einer von der Regierung geförderten Sonderwirtschaftszone. Auch in anderen polnischen Städten wurden Sonderwirtschaftszonen ausgewiesen, doch die Stadtverwaltung in Gleiwitz finanzierte selbst den Bau entsprechender Zufahrtsstraßen aus dem kommunalen Haushalt. Die Investitionen zahlten sich aus – die ersten in Gleiwitz montierten Fahrzeuge verließen schon 22 Monate später die Fabrik. In den folgenden Jahren siedelten sich wegen der günstigen Rahmenbedingungen ca. 100 Investoren in Gleiwitz an, vor allem Firmen aus Autoindustrie, Maschinenbau, Elektro- und Metallindustrie sowie Elektronik, Informatik und Druckgewerbe, dazu Logistik, Baugewerbe, Chemie- und Papierindustrie. In der 180.000 Einwohner*innen zählenden Stadt sind so 25.000 Arbeitsplätze entstanden und Gleiwitz ist mittlerweile nach Warschau eine der reichsten Städte in Polen. Die Opel-Werke (die seit 2017 zum französischen PSA-Konzern gehören) sind nach wie vor größter lokaler Arbeitgeber, doch in Gleiwitz finden sich auch Niederlassungen von weiteren Zulieferern. Dabei konnte eine zu starke Monopolisierung innerhalb der Automobilindustrie vermieden werden.

Zur Arbeit und in den Kindergarten

Moderne Technologiefirmen haben sich auch in der Bildungs- und Wirtschaftszone »Nowe Gliwice« (Neu Gleiwitz) angesiedelt, die sich auf dem Gelände eines 1999 geschlossenen Bergwerkes befindet. In den letzten Jahren wurden hier neue Bürokomplexe und alte Gebäude entsprechend saniert. In die modernen Räume sind mittlerweile viele IT-Firmen eingezogen. Die größte von ihnen, Future Processing, bietet spezielle Software für die Bereiche Handel, Industrie und Dienstleistungen an. Das Unternehmen wurde im Jahr 2000 von vier Freunden gegründet und beschäftigt heute mehrere hundert

Mitarbeiter*innen, seit 2016 ist es strategischer Partner von Microsoft. Die meisten Angestellten sind noch jung, daher hat das Architekturbüro bei der Projektierung und Planung auch ein Fitness-Studio sowie einen Kindergarten für die Kinder der Mitarbeiter*innen in die Räumlichkeiten integriert. Ein weiteres Aushängeschild von »Nowe Gliwice« ist die Firma Flytronic. Die Idee zur 2008 erfolgten Firmengründung hatten zwei Absolventen der Schlesischen Technischen Universität (Politechnika Śląska): der Automatisierungstechniker Wojciech Szumiński und der Informatiker Grzegorz Krupa. Die beiden begannen mit der Montage von Drohnen aus auf dem Markt verfügbaren Komponenten und entwickelten dann mit der Zeit ihr eigenes Modell. Die vergleichsweise leichte Drohne FlyEye (Fliegendes Auge) lässt sich in Einzelteile auseinandernehmen und in einem großen Rucksack transportieren. Das Gerät hat eine Reichweite von 30 Kilometern und kann zwei Stunden in der Luft bleiben. Militär und Grenzschutz in Polen sowie Streitkräfte aus anderen Ländern setzen sie ein – zum Beispiel bei Militäreinsätzen in Afghanistan. Die Firmen müssen sich um qualifizierte Arbeitskräfte nicht sorgen. Die Schlesische Technische Universität in Gleiwitz ist eine der besten technischen Hochschulen des Landes, jedes Jahr drängen neue Absolvent*innen auf den Arbeitsmarkt. Die fachlichen Studieninhalte einiger Fakultäten sind teilweise bereits auf die Anforderungsprofile der Firmen abgestimmt. Die angehenden Ingenieur*innen absolvieren jedes Jahr mehrmonatige Praktika bei Partnerfirmen aus der Automobilindustrie. Die Idee ist, dass davon beide Seiten profitieren: Auf die Absolvent*innen warten nach der Uni attraktive und fachlich passende Einstiegsmöglichkeiten, die Firmen sparen sich Aufwand und Zeit für die Einarbeitung neuer Mitarbeiter*innen. Für die Investor*innen zeichnet sich die Attraktivität des Standortes Gleiwitz auch durch die verkehrsgünstige Lage aus – die Stadt liegt direkt am Autobahnknoten der A4 (auf der man Polen von der deutschen bis zur ukrainischen Grenze durchquert) und der A1 (die das an der Grenze zu Tschechien gelegene Teschen (Cieszyn) mit Danzig im Norden verbindet).

Mit dem U-Boot unter Tage

In den oft ebenfalls vom Bergbau geprägten Nachbarstädten von Gleiwitz wird jedoch deutlich, dass den meisten von ihnen noch ein langer Weg bevorsteht, um ihren Einwohner*innen eines Tages vielleicht einen ähnlich hohen Lebensstandard gewährleisten zu können. Viele Kommunen haben mit enormen Haushaltsdefiziten zu kämpfen. Zabrze hat ungefähr die gleiche Einwohnerzahl wie Gleiwitz und setzt seit einigen Jahren vor allem auf die Entwicklung des Industrietourismus. Interessierte Besucher*innen kommen, um das still-

gelegte Bergwerk zu besichtigen oder mit dem Boot durch Teile des im 19. Jahrhundert angelegten unterirdischen Stollens zu fahren. Doch reicht die Zahl der Tourist*innen in Zabrze bei weitem nicht aus, um für die Stadt genügend Einnahmen zu generieren oder eine größere Zahl von Arbeitsplätzen zu schaffen. Ähnlich wie in Gleiwitz vor etwa 20 Jahren haben sich die Kommunalbehörden in Zabrze um die Einrichtung spezieller Sonderwirtschaftszonen bemüht und für die Infrastruktur und die Erschließung durch Zufahrtsstraßen mehr als 65 Millionen Zloty eingesetzt, wobei sich die Ausgaben schon nach kurzer Zeit rentierten. Neue Firmen haben bereits ein Vielfaches dieser Summe in der Stadt investiert.

Zabrze arbeitet immer enger mit einigen Fakultäten der Schlesischen Medizinischen Universität (Śląski Uniwersytet Medyczny) und der Schlesischen Technischen Universität zusammen. Das Schlesische Zentrum für Herzkrankheiten hat überregionale Bedeutung. Hier führte Zbigniew Religa, der das Zentrum gründete, 1985 die erste erfolgreiche Herztransplantation in Polen durch. Das bislang spektakulärste Beispiel für die Zusammenarbeit von Wissenschaftler*innen verschiedener Fachrichtungen ist die Gründung des Schlesischen Zentrums für sportmedizinische Technik in Zabrze. Die Investition wird teilweise von der Firma Philips getragen, die Stadt Zabrze hat entsprechende Flächen zur Verfügung gestellt und die Schlesische Technische Universität liefert das technische Know-how. In einer deutlich schlechteren Lage befindet sich die benachbarte Stadt Beuthen (Bytom). Zu kommunistischen Zeiten gab es hier sechs Bergwerke und zwei Eisenhütten, aber nach deren Schließung ist die Arbeitslosigkeit auf einem hohen Niveau verblieben und die Schäden in Landschaft und Umwelt schrecken potentielle Investor*innen ab. In den letzten 30 Jahren ist die Zahl der Einwohner*innen um ein Viertel zurückgegangen. Durch die hohen Ausgaben für Sozialhilfe hat die Stadt nur wenig Handlungsspielraum bei Investitionen. Die durch Bergschäden notwendigen Reparaturarbeiten an Straßen und Leitungssystemen gleichen einer Sisyphusarbeit: Bevor die Schäden an einer Stelle behoben sind, treten schon neue Mängel an anderen Orten zutage. Mitunter kommt es auch zu größeren baulichen Katastrophen – die Bewohner*innen müssen dann ihre Häuser aufgrund akuter Einsturzgefahr verlassen.

Über mehrere Generationen

Im Hinblick auf die negativen Erfahrungen der Städte, in denen Bergwerke und Hütten bereits geschlossen wurden, will man dort, wo noch Kohleabbau betrieben wird, vom Ende des Bergbaus nichts wissen. Die Bergleute und die sie vertretenden Gewerkschaften lassen sich hier nicht von den Aussagen der Regierung beschwichti-

gen, wonach ihnen entsprechende Abfindungen gezahlt und Gelder für Umschulungen bereitgestellt werden würden. Allen Bergleuten, die in ihrem Beruf bleiben wollen, soll eine Beschäftigung in anderen Bergwerken angeboten werden. In Familien, in denen der Beruf des Bergmanns schon über Generationen ausgeübt wird, ist die Schließung der Zechen jedoch ein weitaus größerer Einschnitt als nur ein gewöhnlicher Arbeitgeberwechsel. Entgegen den Beteuerungen von Präsident Duda auf dem Weltklimagipfel reichen die Kohlevorräte in Polen nicht für 200 Jahre, sondern maximal noch für ein paar Jahrzehnte. So lange würde es dauern, um die Kohle aus den zurzeit in Betrieb befindlichen Gruben zu fördern. Um die tiefergelegenen Lagerstätten zu erschließen, müssten erhebliche Investitionen getätigt werden, doch den Fördergesellschaften fehlen dafür die notwendigen finanziellen Mittel. Schon heute machen die Lohnkosten für die Bergleute ca. 50–60 Prozent der Förderkosten aus. Neue Bergwerke müsste also der Staat finanzieren, jedoch treffen entsprechende Vorhaben auf erheblichen Widerstand in der Bevölkerung. Aus Angst vor drohenden Bergschäden protestieren die Einwohner*innen der von möglichen neuen Abbaufeldern betroffenen Regionen gegen diese Pläne. Die letzten größeren Proteste gab es in Paruschowitz (Paruszwiec), das zum stark vom Bergbau geprägten Rybnik gehört. Allmählich zur Neige gehende Kohlelagerstätten, erhöhte Förderkosten und ein erhebliches Arbeitsrisiko für die Bergleute (mit zunehmender Tiefe steigen Temperatur und Methangehalt der Luft immer weiter an) führen dazu, dass sich immer mehr Menschen für ein Ende der Bergbautätigkeiten aussprechen. Sie lehnen jedoch die von der polnischen Regierung 2020 vorgelegten entsprechenden Pläne ab. Wie Journalist*innen berichteten, beabsichtigte die Regierung, binnen weniger Monate das einzige noch verbliebene Bergwerk in der 130.000 Einwohner*innen zählenden Stadt Ruda (Ruda Śląska) zu schließen. Hier hatte es noch bis vor Kurzem insgesamt sechs größere Zechen gegeben. Nachdem die Schließungspläne öffentlich bekannt wurden, bestritt die Regierung alles, doch nur wenige glaubten den öffentlichen Bekundungen. Einige Bergleute aus der Zeche »Ruda« hatten vorher in der Grube »Makoszowy« in Zabrze gearbeitet. Vor den Wahlen 2015 hatten die PiS-Politiker*innen beteuert, Zechenschließungen unter allen Umständen verhindern zu wollen, doch nach dem Regierungsantritt schickten sie sich an, ihre Versprechen zu brechen.

Abschied von der Kohle

In Oberschlesien gibt es nur noch wenige Städte wie Ruda Śląska oder Bad Königsdorff-Jastrzemb (Jastrzębie-Zdrój), in denen die Bergwerke nach wie vor größter Arbeitgeber sind. Im polnischen Bergbauwesen arbei-

ten insgesamt ca. 80.000 Personen, also vier- bis fünfmal weniger als noch zu Hochzeiten. Die vor wenigen Jahren durchgeführten Untersuchungen des an der Schlesischen Universität (Uniwersytet Śląski) in Kattowitz lehrenden Soziologieprofessors Marek Szczepański ergaben, dass viele im Bergbau Beschäftigte durchaus in der Lage wären, sich auf dem Arbeitsmarkt erfolgreich neu zu orientieren. Unter den Jüngeren haben die meisten Abitur, einige besitzen sogar einen Hochschulabschluss, womit sie auf dem Arbeitsmarkt wohl ohne größere Probleme einen Job außerhalb des Bergbaus finden würden. Expert*innen gehen davon aus, dass die meisten Bergwerke in Oberschlesien früher oder später geschlossen werden müssen. Die größten Überlebenschancen werden – zumindest für einen begrenzten Zeitraum – den Zechen eingeräumt, die Kokskohle für Stahlhütten fördern. Ökonom*innen warnen allerdings vor Verzögerungen: Je später Strukturreformen angegangen würden, desto schmerzhafter würden sie für die im Bergbau Beschäftigten und für die gesamte Region ausfallen, so die Befürchtungen. Dass die Zukunft der

nächsten Generationen nicht mehr nur von Bergbau und Schwerindustrie bestimmt sein wird, davon konnten sich die Einwohner*innen der nahe Kattowitz gelegenen Stadt Siemianowitz (Siemianowice Śląskie) überzeugen. Nach der Schließung der mitten in der Stadt gelegenen Hütte und dem damit verbundenen Schock bei den Menschen entschied sich die Stadtverwaltung, nun an dieser Stelle ein neues Stadtzentrum zu gestalten. Hier soll eine neue Wohnsiedlung mit Geschäften und Kindergärten entstehen; mit dem Projekt wurde der Architekt Tomasz Konior beauftragt, der auch das Konzertgebäude für das Nationale Symphonieorchester des Polnischen Rundfunks entworfen hat. Ob die Entwicklung hier ähnlich positiv verlaufen wird wie in Kattowitz, ist noch ungewiss, aber die Einwohner*innen von Siemianowice haben die Zeichen der Zeit verstanden. Der Tag, an dem die Kohlevorräte in Schlesien aufgebraucht sein werden, rückt näher, in einigen Städten ist er bereits angebrochen.

Übersetzung aus dem Polnischen: Christian Prüfer

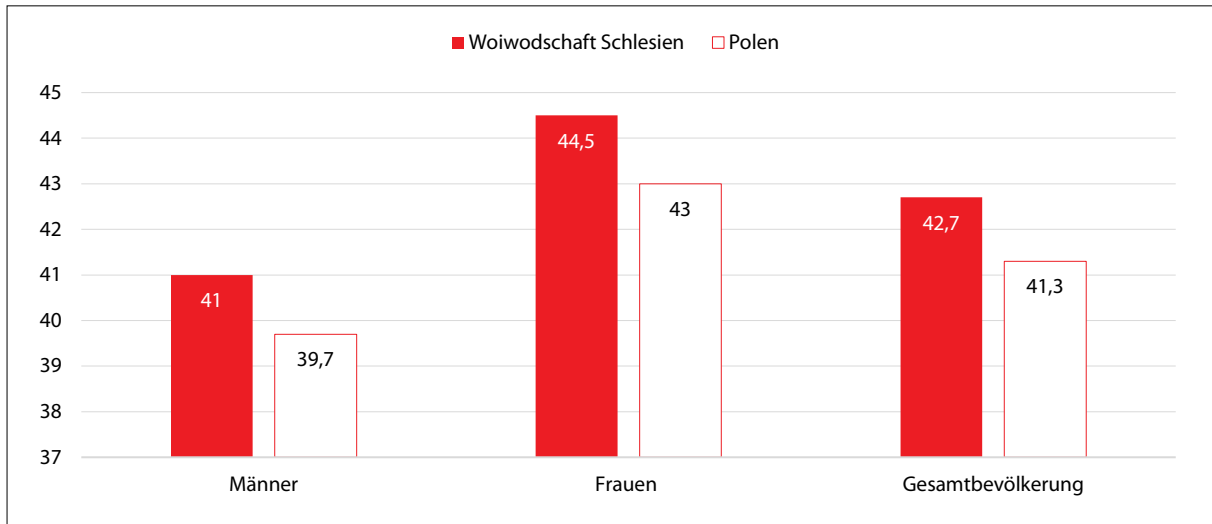
Dieser Text erscheint in »Jahrbuch Polen 2021: Oberschlesien«, herausgegeben vom Deutschen Polen-Institut, Wiesbaden: Harrassowitz Verlag 2021. Das Jahrbuch kann bestellt werden unter der E-Mail-Adresse verlag@harrassowitz.de oder telefonisch unter +49(0)6151-530901.

Über den Autor

Józef Krzyk – Autor, Publizist und Redakteur der Tageszeitung »Gazeta Wyborcza« in Kattowitz. Er beschäftigt sich mit politischen und gesellschaftlichen Fragen der Region Oberschlesien. Autor mehrerer Bücher, darunter unlängst einer Biographie von Wojciech Korfanty.

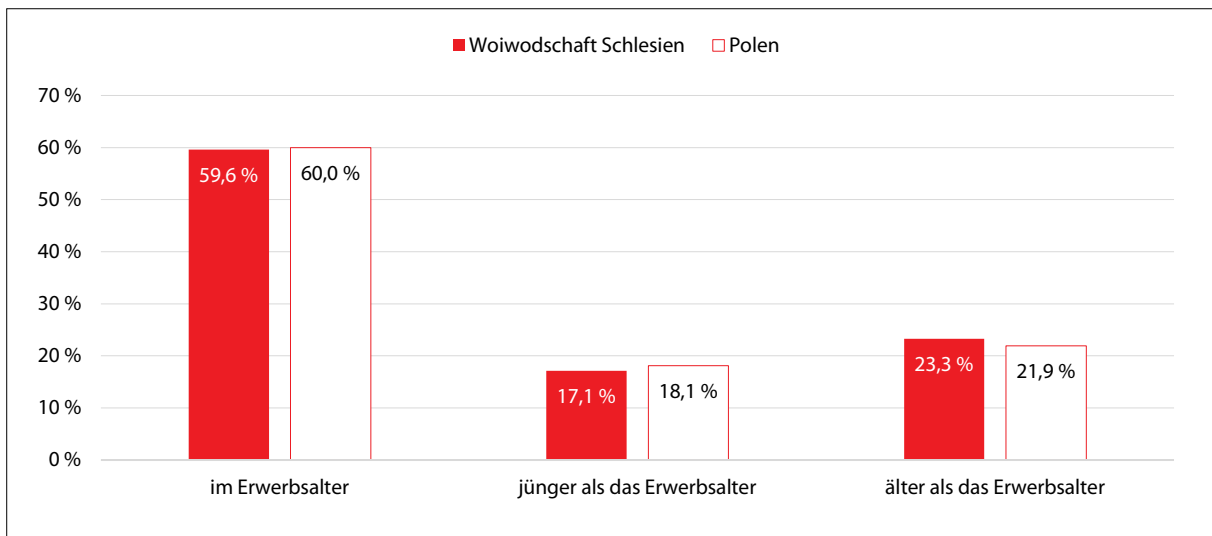
Die Bevölkerungs- und Sozialstruktur in der Woiwodschaft Schlesien

Grafik 1: Das Alter der Bevölkerung (Median, Stand 31.12.2019)



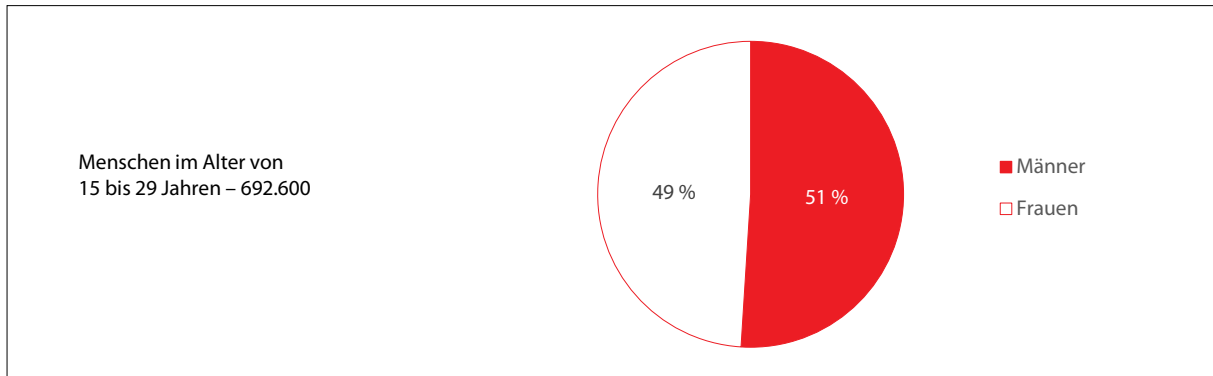
Quelle: Urząd Statystyczny w Katowicach [Statistikamt in Kattowitz]: Światowy Dzień Ludności Infografika. Ludność w 2019 r. Wybrane dane [Weltbevölkerungstag. Infografik. Die Bevölkerung 2019. Ausgewählte Daten]. <https://katowice.stat.gov.pl/infografiki/infografiki-aktualne/swiatowy-dzien-ludnosci-infografika,165,1.html> (abgerufen am 11.03.2021).

Grafik 2: Die Bevölkerungsstruktur: Erwerbsalter (Stand 31.12.2019)



Quelle: Urząd Statystyczny w Katowicach [Statistikamt in Kattowitz]: Światowy Dzień Ludności Infografika. Ludność w 2019 r. Wybrane dane [Weltbevölkerungstag. Infografik. Die Bevölkerung 2019. Ausgewählte Daten]. <https://katowice.stat.gov.pl/infografiki/infografiki-aktualne/swiatowy-dzien-ludnosci-infografika,165,1.html> (abgerufen am 11.03.2021).

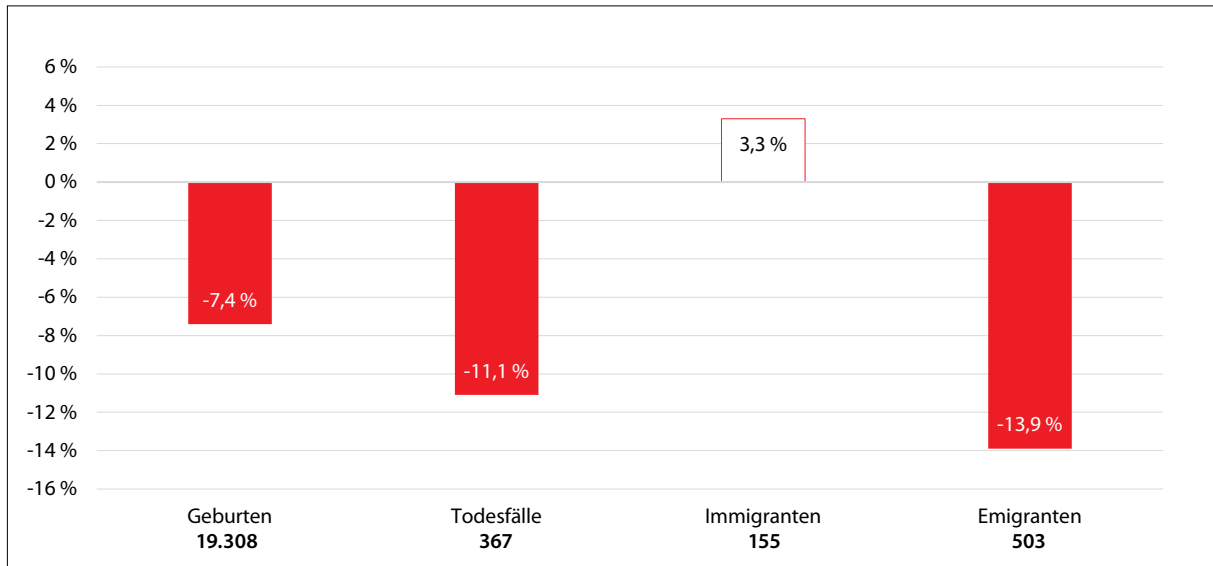
Grafik 3: Junge Menschen in der Woiwodschaft Schlesien (2019)



Daten erhoben zum Internationalen Tag der Jugend am 12. August 2019.

Quelle: Urząd Statystyczny w Katowicach [Statistikamt in Kattowitz]: Międzynarodowy Dzień Młodzieży. Infografika. Młodzież w województwie śląskim w 2019 r. [Internationaler Tag der Jugend. Infografik. Die Jugend in der Woiwodschaft Schlesien 2019]. <https://katowice.stat.gov.pl/infografiki/infografiki-aktualne/miedzynarodowy-dzien-mlodziezy-infografika,169,1.html> (abgerufen am 11.03.2021).

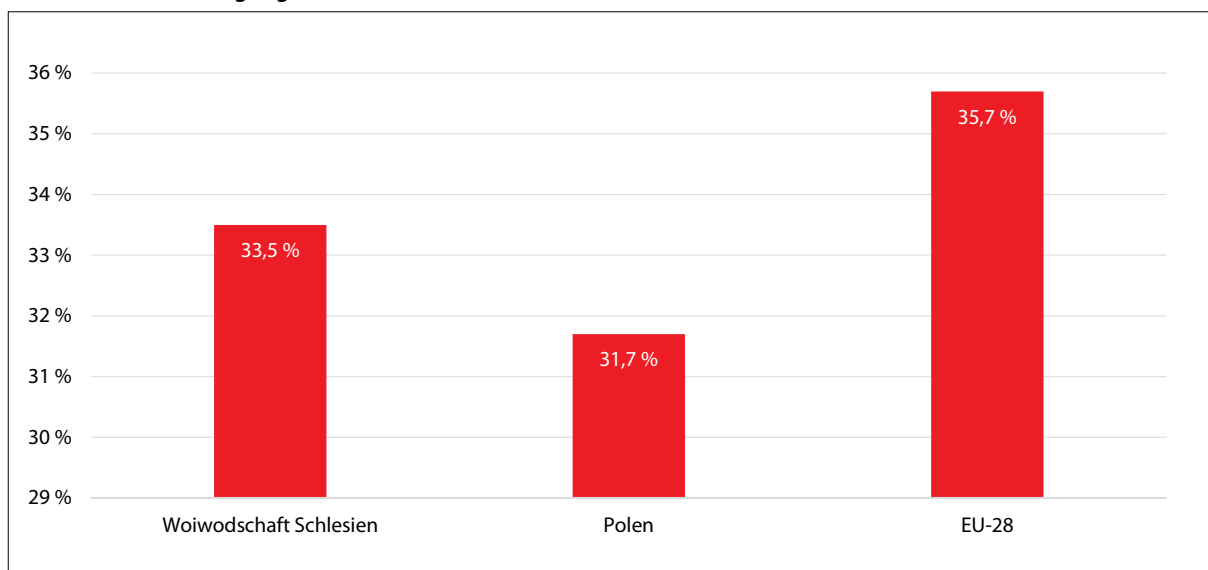
Grafik 4: Entwicklung in der Altersgruppe der 15- bis 29-Jährigen (2019)*



* Zunahme oder Rückgang im Vergleich zum Vorjahr

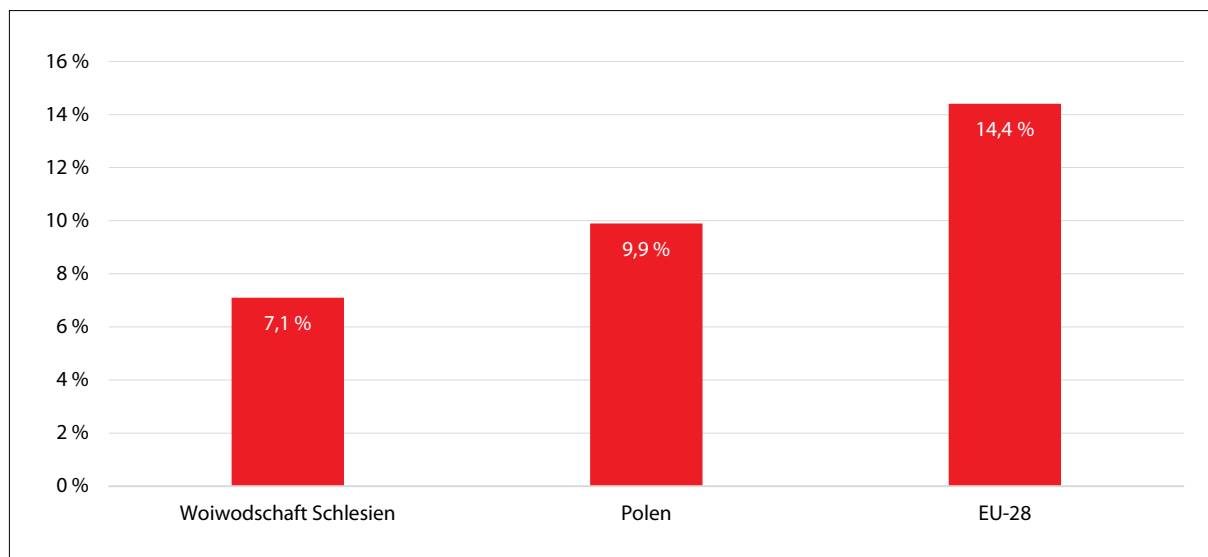
Daten erhoben zum Internationalen Tag der Jugend am 12. August 2019.

Quelle: Urząd Statystyczny w Katowicach [Statistikamt in Kattowitz]: Międzynarodowy Dzień Młodzieży. Infografika. Młodzież w województwie śląskim w 2019 r. [Internationaler Tag der Jugend. Infografik. Die Jugend in der Woiwodschaft Schlesien 2019]. <https://katowice.stat.gov.pl/infografiki/infografiki-aktualne/miedzynarodowy-dzien-mlodziezy-infografika,169,1.html> (abgerufen am 11.03.2021).

Grafik 5: Beschäftigungsrate (2019)

Daten erhoben zum Internationalen Tag der Jugend am 12. August 2019.

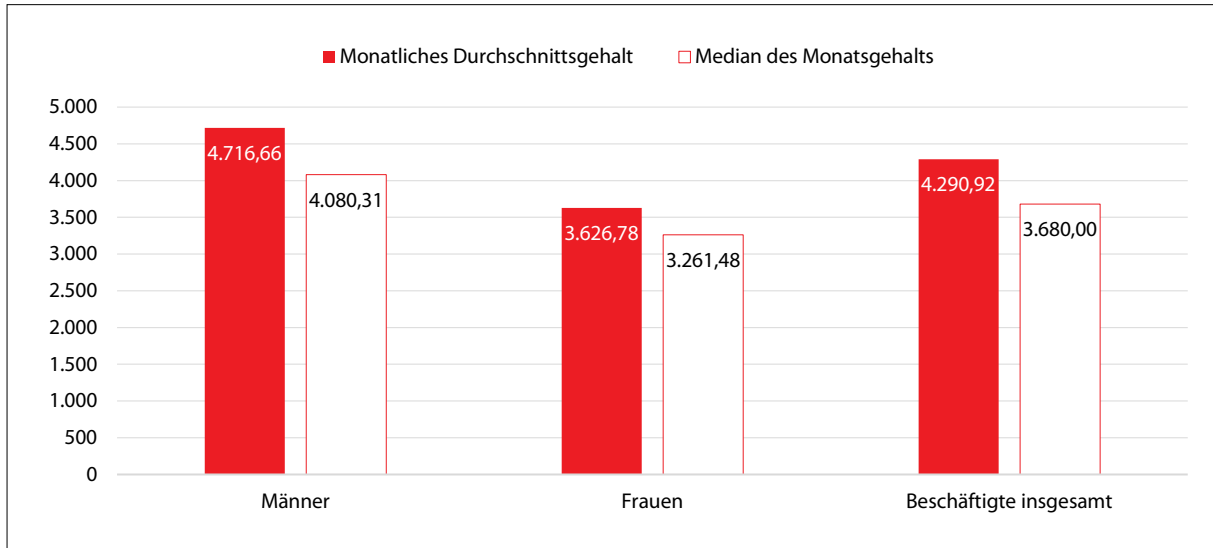
Quelle: Urząd Statystyczny w Katowicach [Statistikamt in Kattowitz]: Międzynarodowy Dzień Młodzieży. Infografika. Młodzież w województwie śląskim w 2019 r. [Internationaler Tag der Jugend. Infografik. Die Jugend in der Woiwodschaft Schlesien 2019]. <https://katowice.stat.gov.pl/infografiki/infografiki-aktualne/miedzynarodowy-dzien-mlodziezy-infografika,169,1.html> (abgerufen am 11.03.2021).

Grafik 6: Arbeitslosenrate (2019)

Daten erhoben zum Internationalen Tag der Jugend am 12. August 2019.

Quelle: Urząd Statystyczny w Katowicach [Statistikamt in Kattowitz]: Międzynarodowy Dzień Młodzieży. Infografika. Młodzież w województwie śląskim w 2019 r. [Internationaler Tag der Jugend. Infografik. Die Jugend in der Woiwodschaft Schlesien 2019]. <https://katowice.stat.gov.pl/infografiki/infografiki-aktualne/miedzynarodowy-dzien-mlodziezy-infografika,169,1.html> (abgerufen am 11.03.2021).

Grifik 7: Monatliches Bruttogehalt der Beschäftigten in der nationalen Volkswirtschaft, Altersgruppe: bis 30 Jahre (2019, in Zloty)

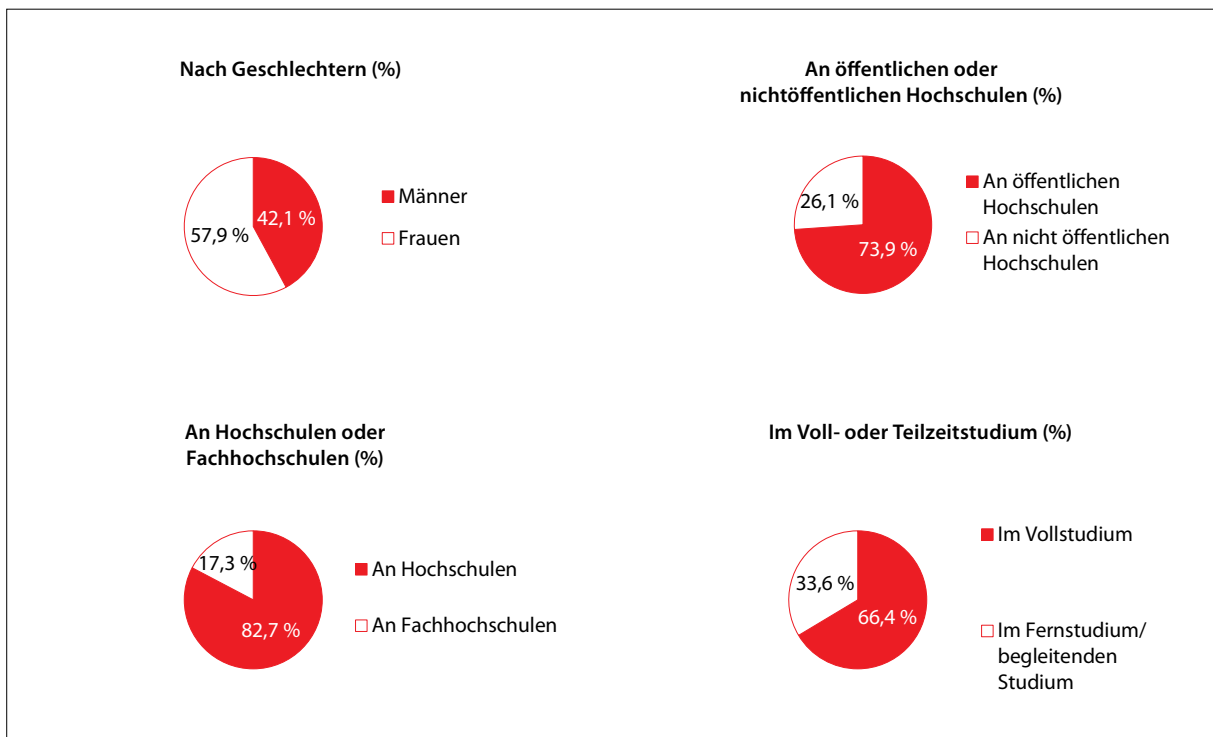


Daten erhoben zum Internationalen Tag der Jugend am 12. August 2019.

Quelle: Urząd Statystyczny w Katowicach [Statistikamt in Kattowitz]: Międzynarodowy Dzień Młodzi. Infografika. Młodzi w województwie śląskim w 2019 r. [Internationaler Tag der Jugend. Infografik. Die Jugend in der Woiwodschaft Schlesien 2019]. <https://katowice.stat.gov.pl/infografiki/infografiki-aktualne/miedzynarodowy-dzien-mlodziezy-infografika,169,1.html> (abgerufen am 11.03.2021).

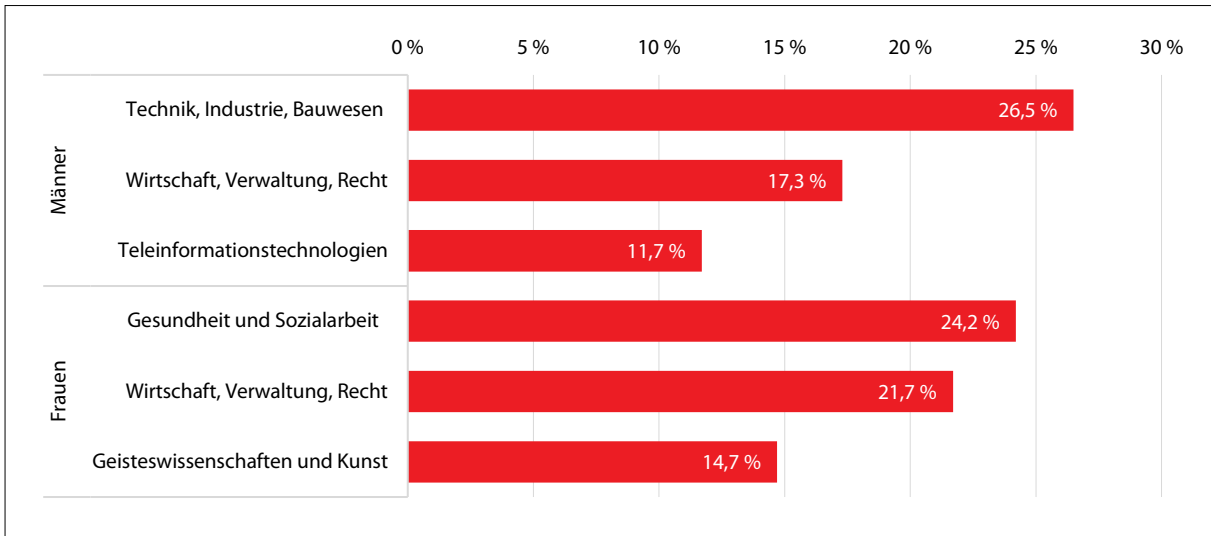
Studium und Kultur in der Woiwodschaft Schlesien

Grifik 1: Studierende in der Woiwodschaft Schlesien (Stand 31.12.2019)



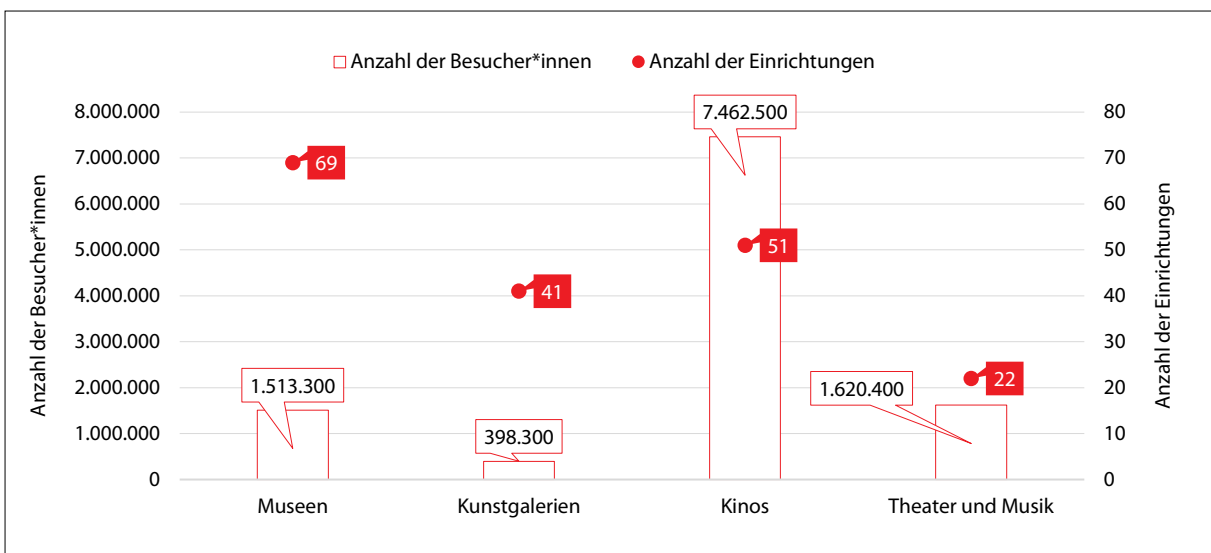
Quelle: Urząd Statystyczny w Katowicach [Statistikamt in Kattowitz]: Międzynarodowy Dzień Studenta. Infografika. Studenci w województwie śląskim w 2019 r. [Internationaler Tag des Studenten. Infografik. Studenten in der Woiwodschaft Schlesien 2019]. <https://katowice.stat.gov.pl/infografiki/infografiki-aktualne/miedzynarodowy-dzien-studenta-2019-infografika,178,1.html> (abgerufen am 11.03.2021).

Grafik 2: Die beliebtesten Studienrichtungen (Stand 31.12.2019)



Quelle: Urząd Statystyczny w Katowicach [Statistikamt in Kattowitz]: Międzynarodowy Dzień Studenta. Infografika. Studenci w województwie śląskim w 2019 r. [Internationaler Tag des Studenten. Infografik. Studenten in der Woiwodschaft Schlesien 2019]. <https://katowice.stat.gov.pl/infografiki/infografiki-aktualne/miedzynarodowy-dzien-studenta-2019-infografika,178,1.html> (abgerufen am 11.03.2021).

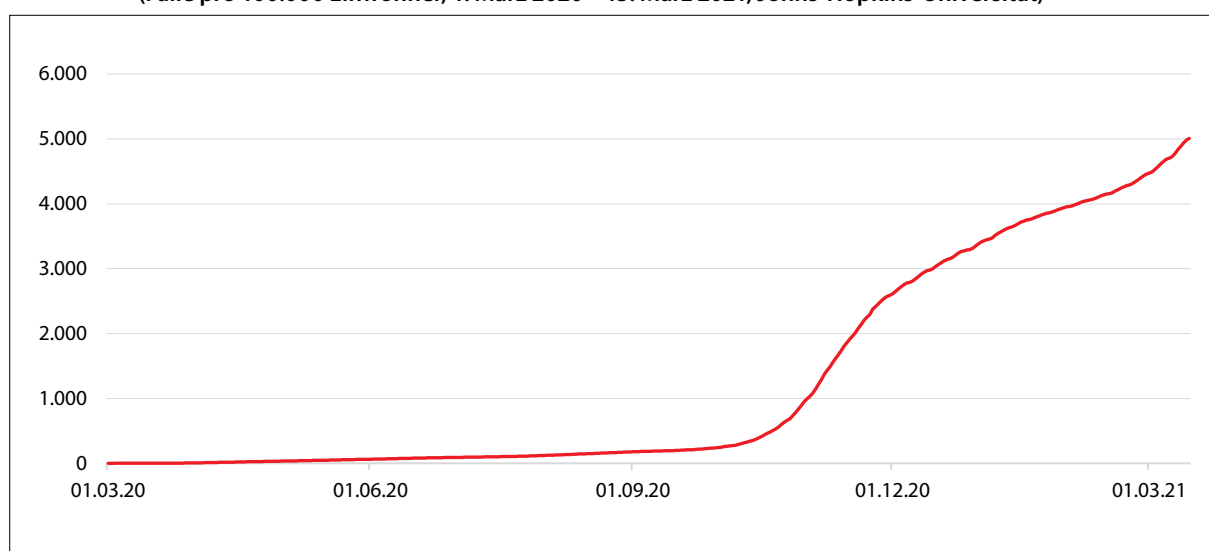
Grafik 3: Kultur in der Woiwodschaft Schlesien (Stand 31.12.2018)



Quelle: Urząd Statystyczny w Katowicach [Statistikamt in Kattowitz]: Kultura w województwie śląskim w 2018 r. Infografika [Kultur in der Woiwodschaft Schlesien 2018. Infografik]. <https://katowice.stat.gov.pl/infografiki/infografiki-aktualne/kultura-w-województwie-slaskim-w-2018-r-infografika,157,1.html> (abgerufen am 11.03.2021).

Covid-19 in Polen (Stand: 15. März 2021)

Grafik 1: Die Ausbreitung von Covid-19 in Polen (Fälle pro 100.000 Einwohner, 1. März 2020 – 15. März 2021, Johns-Hopkins-Universität)



Für die Zahlen vom 01.03.2020–15.02.2021 siehe die Statistik »Covid-19 in Polen« in den Polen-Analysen 255–270.

Quelle: Johns-Hopkins-Universität. Stand: 15.03.2021, 18:24 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_confirmed_global.csv; Einwohnerzahlen: CIA World Factbook, <https://www.cia.gov/the-world-factbook/>

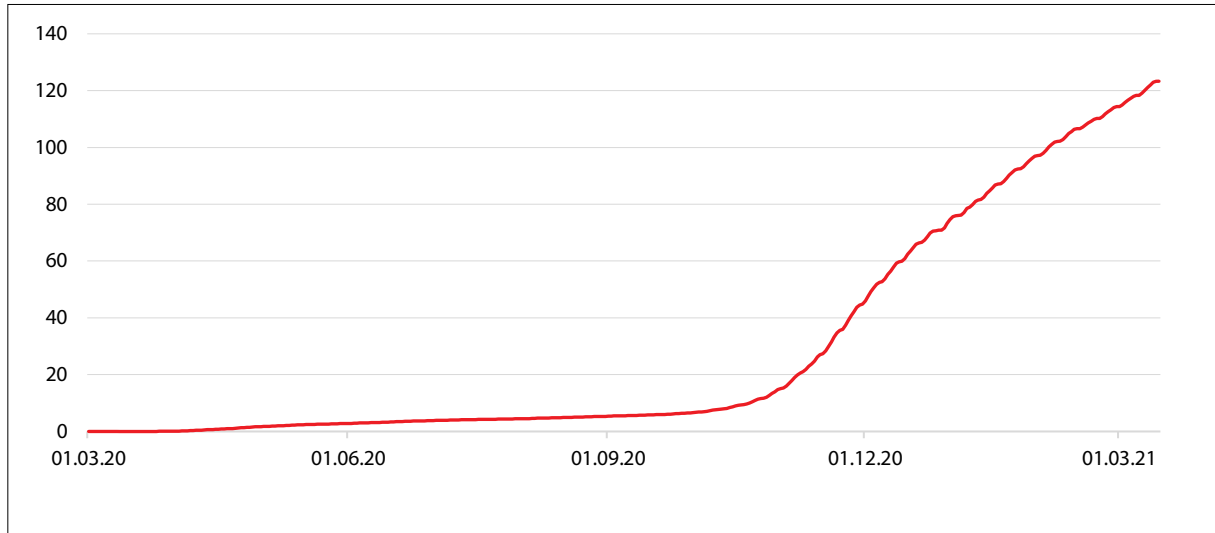
Tabelle 1: Die Ausbreitung von Covid-19 in Polen (16. Februar – 15. März 2021, Johns-Hopkins-Universität)

Datum	Gesamtzahl der Fälle	Tägliche Fallzahl	Datum	Gesamtzahl der Fälle	Tägliche Fallzahl
16.02.	1.596.673	5.176	02.03.	1.719.708	7.936
17.02.	1.605.372	8.699	03.03.	1.735.406	15.698
18.02.	1.614.446	9.074	04.03.	1.750.659	15.253
19.02.	1.623.218	8.772	05.03.	1.766.490	15.831
20.02.	1.631.727	8.509	06.03.	1.781.345	14.855
21.02.	1.638.767	7.040	07.03.	1.794.914	13.569
22.02.	1.642.658	3.891	08.03.	1.801.083	6.169
23.02.	1.648.962	6.304	09.03.	1.811.036	9.953
24.02.	1.661.109	12.147	10.03.	1.828.313	17.277
25.02.	1.673.252	12.143	11.03.	1.849.424	21.111
26.02.	1.684.788	11.536	12.03.	1.868.297	18.873
27.02.	1.696.885	12.097	13.03.	1.889.360	21.063
28.02.	1.706.986	10.101	14.03.	1.906.632	17.272
01.03.	1.711.772	4.786	15.03.	1.917.527	10.895

Für die Zahlen vom 01.03.2020–15.02.2021 siehe die Statistik »Covid-19 in Polen« in den Polen-Analysen 255–270.

Quelle: Johns-Hopkins-Universität. Stand: 15.03.2021, 18:24 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_confirmed_global.csv; Einwohnerzahlen: CIA World Factbook, <https://www.cia.gov/the-world-factbook/>

Grafik 2: Todesfälle durch Covid-19 in Polen (Todesfälle pro 100.000 Einwohner, 1. März 2020 – 15. März 2021, Johns-Hopkins-Universität)



Für die Zahlen vom 01.03.2020–15.02.2021 siehe die Statistik »Covid-19 in Polen« in den Polen-Analysen 255 –270.

Quelle: Johns-Hopkins-Universität. Stand: 15.03.2021, 18:24 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_deaths_global.csv; Einwohnerzahlen: CIA World Factbook, <https://www.cia.gov/the-world-factbook/>

Tabelle 2: Todesfälle durch Covid-19 in Polen (16. Februar – 15. März 2021, Johns-Hopkins-Universität)

Datum	Gesamtzahl der Todesfälle	Tägliche Todesfälle	Datum	Gesamtzahl der Todesfälle	Tägliche Todesfälle
16.02.	41.028	196	02.03.	44.008	215
17.02.	41.308	280	03.03.	44.360	352
18.02.	41.582	274	04.03.	44.649	289
19.02.	41.823	241	05.03.	44.912	263
20.02.	42.077	254	06.03.	45.159	247
21.02.	42.171	94	07.03.	45.285	126
22.02.	42.188	17	08.03.	45.317	32
23.02.	42.436	248	09.03.	45.599	282
24.02.	42.808	372	10.03.	45.997	398
25.02.	43.094	286	11.03.	46.373	376
26.02.	43.353	259	12.03.	46.724	351
27.02.	43.656	303	13.03.	47.068	344
28.02.	43.769	113	14.03.	47.178	110
01.03.	43.793	24	15.03.	47.206	28

Für die Zahlen vom 01.03.2020–15.03.2021 siehe die Statistik »Covid-19 in Polen« in den Polen-Analysen 255 –270.

Quelle: Johns-Hopkins-Universität. Stand: 15.03.2021, 18:24 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_deaths_global.csv; Einwohnerzahlen: CIA World Factbook, <https://www.cia.gov/the-world-factbook/>

Grafik 3: Covid-19-Infektionsfälle nach Woiwodschaften (15. März 2021, 10.30 Uhr)



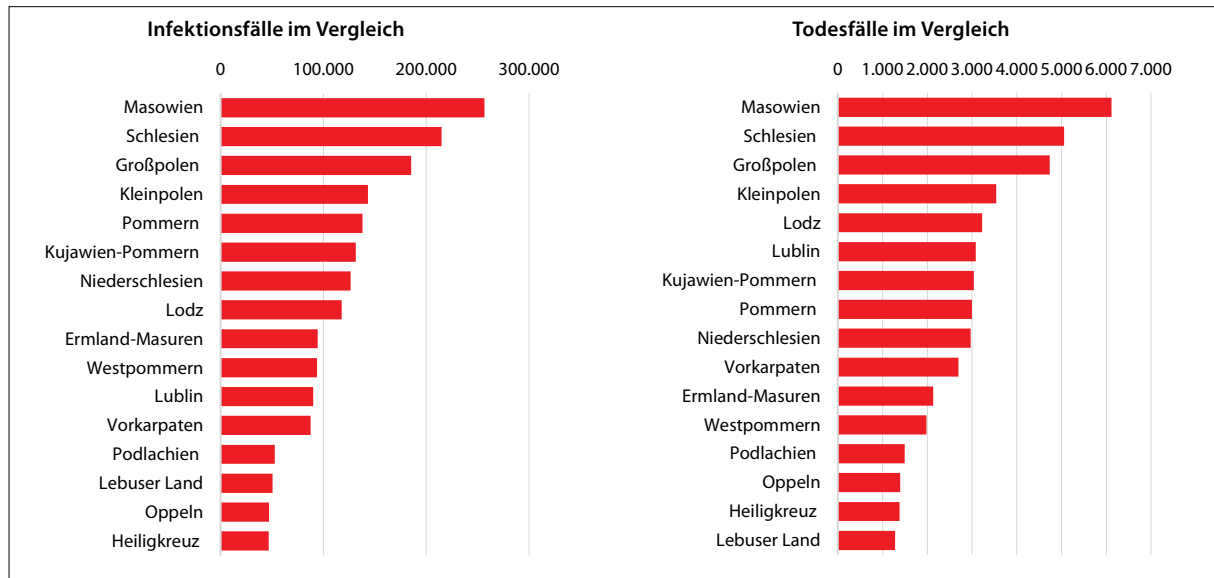
Quelle: Ministerstwo Zdrowia [Gesundheitsministerium], TVN24.pl. <https://tvn24.pl/polska/koronawirus-w-polsce-mapa-zakazen-dzisiaj-ile-osob-zostalo-zaszczepionych-15-marca-2021-4344739> (abgerufen am 15.03.2021); Karte erstellt von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen in QGIS mit Geodaten von <https://www.openstreetmap.org>.

Grafik 4: Todesfälle durch Covid-19 nach Woiwodschaften (15. März 2021, 10.30 Uhr)



Quelle: Ministerstwo Zdrowia [Gesundheitsministerium], TVN24.pl. <https://tvn24.pl/polska/koronawirus-w-polsce-mapa-zakazen-dzisiaj-ile-osob-zostalo-zaszczepionych-15-marca-2021-4344739> (abgerufen am 15.03.2021); Karte erstellt von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen in QGIS mit Geodaten von <https://www.openstreetmap.org>.

Grafik 5: Covid-19-Infektions- und Todesfälle nach Woiwodschaften im Vergleich (15. März 2021, 10.30 Uhr)



Quelle: Ministerstwo Zdrowia [Gesundheitsministerium], TVN24.pl. <https://tvn24.pl/polska/koronawirus-w-polsce-mapa-zakazen-dzisiaj-ile-osob-zostalo-zaszczepionych-15-marca-2021-4344739> (abgerufen am 15.03.2021)

Tabelle 3: Covid-19-Infektions- und Todesfälle nach Woiwodschaften im Vergleich (15. März 2021, 10.30 Uhr)

Woiwodschaft (województwo)	Infektionsfälle insgesamt	Todesfälle insgesamt
Ermland-Masuren (warmińsko-mazurskie)	94.317	2.129
Großpolen (wielkopolskie)	185.462	4.739
Heiligkreuz (świętokrzyskie)	46.955	1.382
Kleinpolen (małopolskie)	143.192	3.539
Kujawien-Pommern (kujawsko-pomorskie)	131.597	3.042
Lebuser Land (lubuskie)	50.615	1.280
Lodz (łódzkie)	117.775	3.228
Lublin (lubelskie)	89.995	3.086
Masowien (mazowieckie)	256.581	6.118
Niederschlesien (dolnośląskie)	126.534	2.969
Oppeln (opolskie)	47.141	1.397
Podlachien (podlaskie)	52.586	1.497
Pommern (pomorskie)	137.952	2.997
Schlesien (śląskie)	214.917	5.057
Vorkarpaten (podkarpackie)	87.496	2.696
Westpommern (zachodniopomorskie)	93.741	1.983

Quelle: Ministerstwo Zdrowia [Gesundheitsministerium], TVN24.pl. <https://tvn24.pl/polska/koronawirus-w-polsce-mapa-zakazen-dzisiaj-ile-osob-zostalo-zaszczepionych-15-marca-2021-4344739> (abgerufen am 15.03.2021)

Covid-19-Chronik, 16. Februar – 15. März 2021

Datum	Offiziell bestätigte Covid-19-Fälle/ Todesfälle*	Ereignis
16.02.2021	1.596.673/41.028	Polnischen Medienberichten zufolge geht der Ministerpräsident der Ukraine, Denys Schmyhal, davon aus, dass Polen in Kürze Covid-19-Impfungen an die Ukraine weiterverkaufen wird. Es soll um 1,2 Mio. Dosen des Pharmaunternehmens AstraZeneca gehen, die Polen unter Vermittlung der Europäischen Kommission zum Kaufpreis abgeben wird.
17.02.2021	1.605.372/41.308	Der Impfbeauftragte der Regierung, Michał Dworczyk, gibt bekannt, dass Polen den höchsten Anteil an Einwohnern innerhalb der EU aufweist, die mindestens eine Corona-Impfung erhalten haben. Polen mit einem Anteil von 3,97 % werde Stand 15. Februar 2021 gefolgt von Griechenland (3,82 %), Rumänien (3,72), Ungarn und Schweden (je 3,61 %), Frankreich (3,39%), Deutschland (3,36 %), Portugal (3,3 %) und Spanien (3,27 %).
18.02.2021	1.614.446/41.582	Ministerpräsident Mateusz Morawiecki lässt sich bei seinem Besuch der Uniklinik in Krakau (Kraków) eine mobile Impfstation vorführen. In jeder Woiwodschaft soll mindestens eine mobile Impfstation für die Impfung gegen Covid-19 zum Einsatz kommen, um Personen mit erschwertem Zugang zu stationären Impfzentren zu erreichen.
19.02.2021	1.623.218/41.823	Gesundheitsminister Adam Niedzielski teilt auf einer Pressekonferenz mit, dass in Polen zum ersten Mal die südafrikanische Variante des Corona-Virus festgestellt wurde.
20.02.2021	1.631.727/42.077	
21.02.2021	1.638.767/42.171	
22.02.2021	1.642.658/42.188	
23.02.2021	1.648.962/42.436	In einem Brief an die Europäische Kommission unterstreichen Ministerpräsident Mateusz Morawiecki und seine Amtskollegen in Belgien, Dänemark, Spanien sowie der Präsident Litauens die Notwendigkeit, die Produktionskapazitäten in Europa für Impfstoffe auszubauen, und rufen dazu auf, den Herstellern bei unvorhergesehenen Produktionsschwierigkeiten Unterstützung zu gewähren. Öffentlich-private Kooperationen sollten ausgebaut werden.
24.02.2021	1.661.109/42.808	Nach einer aktuellen Umfrage von United Surveys für die Tageszeitung »Dziennik Gazeta Prawna« und den Radiosender »RMF FM« würden sich im Durchschnitt 73 % der polnischen Bevölkerung nicht mit einem Impfstoff aus China oder Russland gegen Covid-19 impfen lassen. In der Altersgruppe ab 70 Jahre würden 39 % einen Impfstoff aus diesen Ländern nehmen, wenn es die Impfung beschleunigen würde.
25.02.2021	1.673.252/43.094	Der Medizinische Rat (Rada Medyczna), ein beratendes Gremium beim Ministerpräsidenten, gibt bekannt, dass der neuesten Datenlage gemäß der Corona-Impfstoff des Pharmaunternehmens AstraZeneca (Großbritannien/Schweden) für Personen im Alter von 18 bis 69 Jahre eingesetzt werden kann. Bisher wurde der Impfstoff nur bis zum 65. Lebensjahr eingesetzt, da nur für diese Gruppe ausreichend Untersuchungsdaten vorgelegen hatten.
26.02.2021	1.684.788/43.353	Das Ministerium für Bildung und Wissenschaft gibt bekannt, dass sich bisher mehr als 205.000 Lehrerinnen und Lehrer gegen Covid-19 haben impfen lassen. Die freiwillige Impfung für Lehrer der Klassen 1 bis 3 sowie Erzieher ist am 12. Februar angelaufen.
27.02.2021	1.696.885/43.656	Ab dem heutigen Tag müssen Personen, die aus Tschechien oder der Slowakei nach Polen einreisen, in Quarantäne gehen. Ausgenommen sind diejenigen, die einen negativen Corona-Test oder eine zweimalige Corona-Impfung vorweisen können. Für die Maskenpflicht in Polen gilt, dass nun medizinische Masken getragen werden müssen. Darüber hinaus werden die bisher geltenden Corona-Schutz- und Hygienemaßnahmen aufrechterhalten. In der Woiwodschaft Ermland-Masuren (województwo warmińsko-mazurskie) kommt es aufgrund des aktuellen Infektionsgeschehens zu stärkeren Einschränkungen, dort müssen Hotels, Einkaufszentren, Kinos u. ä. wieder schließen und wird wieder Distanzunterricht eingeführt.
28.02.2021	1.706.986/43.769	

Datum	Offiziell bestätigte Covid-19-Fälle/ Todesfälle*	Ereignis
01.03.2021	1.711.772/43.793	Krzysztof Szczerski, Staatssekretär in der Präsidialkanzlei von Andrzej Duda, teilt mit, dass Duda in Absprache mit Ministerpräsident Mateusz Morawiecki in einem Telefonat mit dem Staatspräsidenten der Volksrepublik China, Xi Jinping, über den Kauf eines chinesischen Corona-Impfstoffes durch Polen gesprochen hat. Der eventuelle Ankauf soll in internationale Vereinbarungen eingebunden werden.
02.03.2021	1.719.708/44.008	Ab dem heutigen Tag können sich Lehrer ab der 4. Klasse sowie Hochschullehrer für eine Covid-19-Impfung anmelden. Die Anmeldungen laufen zentral über die betreffende Schule oder Hochschule. Die Anmeldefrist ist auf zwei Tage beschränkt.
03.03.2021	1.735.406/44.360	Gesundheitsminister Adam Niedzielski teilt mit, dass den Einwohnern der Woiwodschaft Pommern (województwo pomorskie) und der Woiwodschaft Ermland-Masuren (woj. warmińsko-mazurskie) abhängig von ihrer Einwohnerzahl zehn bzw. fünf Millionen medizinische Masken zur Verfügung gestellt werden. Die beiden Woiwodschaften sind aktuell am stärksten von der Corona-Pandemie betroffen.
04.03.2021	1.750.659/44.649	In Polen wurden aktuellen Angaben zufolge bisher 3,6 Mio. Impfungen durchgeführt. Davon waren 1.281 Mio. Zweitimpfungen, sagt der Impfbeauftragte der Regierung, Michał Dworczyk.
05.03.2021	1.766.490/44.912	Gesundheitsminister Adam Niedzielski gibt bekannt, dass der Medizinische Rat (Rada Medyczna), ein Beratungsgremium beim Ministerpräsidenten, neue Termine zur Verabreichung der Zweitimpfung gegen das Corona-Virus empfiehlt. Im Falle des Impfstoffes von Pfizer/BioNTech kann die zweite Impfung nach sechs Wochen erfolgen, beim Impfstoff von AstraZeneca nach zwölf Wochen.
06.03.2021	1.781.345/45.159	In der Woiwodschaft Ermland-Masuren (woj. warmińsko-mazurskie) werden die seit einer Woche geltenden Einschränkungen des öffentlichen Lebens aufgrund des Covid-19-Infektionsgeschehens bis zum 20. März verlängert.
07.03.2021	1.794.914/45.285	
08.03.2021	1.801.083/45.317	Da sich eine dritten Infektionswelle der Corona-Epidemie entwickelt, empfiehlt der Nationale Gesundheitsfonds (Narodowy Fundusz Zdrowia – NFZ), nur dringend notwendige geplante Operationen und Behandlungen durchzuführen, um die Krankenhäuser zu entlasten und ausreichend Betten zur Behandlung von Covid-19-Patienten zur Verfügung stellen zu können.
09.03.2021	1.811.036/45.599	In einem Interview im Fernsehsender TVN24 geht der Sprecher des Gesundheitsministeriums, Wojciech Andrusiewicz, auf die Empfehlung des Nationalen Gesundheitsfonds (Narodowy Fundusz Zdrowia – NFZ) vom Vortag ein, nur noch dringend notwendige Operationen und Behandlungen in den Krankenhäusern durchzuführen. Die Krankenhäuser seien zwar mit ausreichend Betten und Geräten zur Behandlung von Covid-19-Patienten ausgestattet, eine reale Gefahr sei aber, dass im Falle einer starken dritten Infektionswelle medizinisches Personal nicht ausreichend zur Verfügung steht. Das Gesundheitsministerium gehe in dieser Woche von täglich 18.000 bis 20.000 Corona-Neuinfektionen aus.
10.03.2021	1.828.313/45.997	Senatsmarschall Tomasz Grodzki (Bürgerplattform/Platforma Obywatelska – PO) äußert scharfe Kritik an der Empfehlung des Nationalen Gesundheitsfonds (Narodowy Fundusz Zdrowia – NFZ) Anfang der Woche, in den Krankenhäusern nur dringend notwendige Operationen und Behandlungen durchzuführen, damit die Krankenhäuser mit der erwarteten dritten Corona-Infektionswelle nicht überfordert würden. Grodzki wertet dies als Totalversagen der Regierung. Akut notwendige Operationen seien gefährlicher für die Patienten als sorgfältig geplante und da in Polen zunehmend minimalinvasive Operationen durchgeführt werden, verringere sich auch der Krankenhausaufenthalt der Patienten. Es könne daher nicht argumentiert werden, dass die Patienten geplanter Operationen die Intensivbetten belegen und diese den Covid-19-Patienten nicht zur Verfügung stehen würden.
11.03.2021	1.849.424/46.373	

Datum	Offiziell bestätigte Covid-19-Fälle/ Todesfälle*	Ereignis
12.03.2021	1.868.297/46.724	Im Gesetzesblatt wird die neueste Verordnung für den Schulunterricht in der Corona-Epidemie veröffentlicht. Der Distanzunterricht ab der vierten Klasse wird bis zum 28. März verlängert. Für die Klassen 1 bis 3 wird in den Woiwodschaften Ermland-Masuren (województwo warmińsko-mazurskie), Lebuser Land (woj. lubuskie), Masowien (woj. mazowieckie) sowie Pommern (woj. pomorskie) aufgrund des erhöhten Corona-Infektionsgeschehens der Wechselunterricht eingeführt.
12.03.2021	1.868.297/46.724	Dem Gesundheitsausschuss des Sejm wird ein Gesetzesentwurf von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) vorgelegt, der vorsieht, dass nicht nur Ärzte, sondern auch weiteres medizinisches Personal Impfungen gegen Covid-19 verabreichen dürfen.
13.03.2021	1.889.360/47.068	In der Woiwodschaft Pommern (województwo pomorskie) gelten ab dem heutigen Tag bis zunächst zum 28. März stärkere Einschränkungen des öffentlichen Lebens, um das Covid-19-Infektionsgeschehens einzudämmen. Hotels, Kinos, Museen, Schwimmbäder u. ä. müssen wieder schließen, Einkaufszentren unterliegen ebenfalls Beschränkungen. In den Schulen findet gruppenweise Präsenz- oder Distanzunterricht statt.
14.03.2021	1.906.632/47.178	
15.03.2021	1.917.527/47.206	Ab dem heutigen Tage können sich chronisch Kranke (Krebspatienten, Dialysepatienten, Patienten, die Sauerstoffgeräte brauchen) gegen Covid-19 impfen lassen.
15.03.2021	1.917.527/47.206	Aufgrund des erhöhten Corona-Infektionsgeschehens gelten ab dem heutigen Tag in den Woiwodschaften Masowien (województwo mazowieckie) sowie Lebuser Land (woj. lubuskie) stärkere Einschränkungen des öffentlichen Lebens. Hotels, Kinos, Museen, Schwimmbäder u. ä. müssen wieder schließen, Einkaufszentren unterliegen ebenfalls Beschränkungen. Die Bestimmungen gelten zunächst bis zum 28. März.

*Zahlen der Johns Hopkins Universität, Stand: 15.03.2021, 18:24 Uhr

CHRONIK

16. Februar – 15. März 2021

16.02.2021	Der Ministerrat beschließt eine Strategie für Menschen mit Behinderung 2021–2030. Der Anteil der Berufstätigen in dieser Gruppe soll von 28,8 % im Jahr 2019 auf 45 % im Jahr 2030 steigen. Außerdem soll das System der finanziellen Unterstützung sowie der Rehabilitationsmaßnahmen überarbeitet werden und ein Gesetz über die Chancengleichheit von Menschen mit Behinderungen vorgelegt werden.
17.02.2021	Der Landesvorstand der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) beschließt eine neue Position der Partei in der Frage der Abtreibung. Demnach soll Abtreibung bis zur 12. Schwangerschaftswoche legal sein; es muss jedoch eine ärztliche und psychologische Beratung in Anspruch genommen werden. Der konservative Flügel der PO spricht sich jedoch gegen »Abtreibung auf Wunsch« aus und unterstreicht die Vorzüge des sogenannten Abtreibungskompromisses von 1993 (Abtreibungen waren legal bei Gefahr für das Leben und die Gesundheit der Mütter, bei schweren Fehlbildungen des Fötus und in dem Falle, dass die Schwangerschaft aus einer Straftat hervorging). Dieser wurde durch das Urteil des Verfassungstribunals (Trybunał Konstytucyjny) vom Oktober 2020 außer Kraft gesetzt. Abtreibungen von Föten mit schweren Fehlbildungen sind nun nicht mehr verfassungskonform.
17.02.2021	Aus Anlass des 30-jährigen Bestehens der Visegrád-Gruppe (Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn) findet im Königsschloss in Warschau (Warszawa) ein Gipfel der Regierungschefs der Länder statt. Ministerpräsident Mateusz Morawiecki sagt, die Visegrád-Gruppe sei eine Erzählung über das vereinte Europa und über neue entschiedene Ambitionen. In den vergangenen fünf Jahren sei die Visegrád-Gruppe deutlich stärker geworden.

18.02.2021	Der Senat verweigert mit 51 Stimmen (48 Gegenstimmen, eine Enthaltung) seine Zustimmung zur Wahl des Bürgerrechtsbeauftragten Piotr Wawrzyk. Wawrzyk, Kandidat von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), wurde im Januar 2021 von der Mehrheit der Sejmabgeordneten gewählt.
18.02.2021	Die Fraktion Polnische Koalition (Kolicja Polska) reicht im Sejm einen Gesetzesentwurf zur Auflösung des Rates der Nationalen Medien (Rada Mediów Narodowych – RMN) ein. Damit solle die verfassungsgemäße Ordnung und die vorgesehene Aufsicht über die öffentlichen Medien durch den Landesradio- und -Fernsehrat (Krajowa Rada Radiofonii i Telewizji – KRRiT) wiederhergestellt werden. Bei dem im Jahr 2016 gegründeten RMN handelt es sich um ein nicht verfassungsgemäßes Gremium, das Vorstände und Aufsichtsräte des öffentlichen Radio und Fernsehens und der Polnischen Presseagentur beruft. Kritiker werfen dem Regierungslager vor, den RMN politisch zu instrumentalisieren.
19.02.2021	Der Senat fasst mit 51 Ja-Stimmen, 45 Nein-Stimmen und drei Enthaltungen einen Beschluss, in dem er sich gegen die Beschränkung der Freiheiten und Bürgerrechte ausspricht, welche die Regierung vorantreibt, indem sie die unabhängigen Medien mittels einer geplanten Werbebesteuer schwächen wolle, während öffentliche Medien vom Staatshaushalt unterstützt werden.
20.02.2021	Das Parteienbündnis Die Linke (Lewica) hält unter dem Motto »Die Zukunft ist jetzt« einen Parteitag in Warschau ab und verabschiedet zehn Forderungen, die auf dem Parteitag aus den Beiträgen von Delegierten verschiedener Jugendorganisationen zusammengestellt wurden. Gefordert werden u. a. die Lockerung des Abtreibungsrechtes, Klimaneutralität und erneuerbare Energien, verbesserte Arbeitsverträge, erschwingliche Wohnungen und Maßnahmen gegen Diskriminierung.
22.02.2021	Präsident Andrzej Duda ruft in der online geführten Debatte des UN-Menschenrechtsrates die internationale Gemeinschaft auf, Verletzungen des Menschenrechtes der Religions- und Glaubensfreiheit wirksamer zu bekämpfen. Polen sei insbesondere über die zunehmende Diskriminierung und Verfolgung von Christen und religiösen Minderheiten besorgt. Die belarussische Führung wird von Duda aufgefordert, die repressive Politik gegenüber der Bevölkerung einzustellen und auf Dialog zu setzen. Die russische Regierung ruft er auf, den inhaftierten russischen Oppositionspolitiker Alexej Nawalny und seine Mitstreiter freizulassen. Er mahnt die internationale Gemeinschaft zur besonderen Aufmerksamkeit gegenüber Menschenrechtsverletzungen in den von Russland besetzten bzw. von russischen Separatisten kontrollierten Gebieten der Ukraine.
22.02.2021	Der Präsident des Instituts für Nationales Gedenken (Instytut Pamięci Narodowej – IPN), Jarosław Szarek, teilt mit, dass er den Rücktritt von Tomasz Greniuch, seit zwei Wochen Interimsdirektor der Filiale des IPN in Breslau (Wrocław), angenommen hat. Die Nominierung Greniuchs löste Kontroversen aus, da er früher zum National-Radikalen Lager (Obóz Narodowo-Radykalny – ONR) gehört und u. a. den Hitlergruß gezeigt hatte.
23.02.2021	Zuzanna Rudzińska-Bluszcz, Kandidatin der Bürgerkoalition (Koalicja Obywatelska – KO) für das Amt der Bürgerrechtsbeauftragten, zieht ihre Kandidatur zurück. Der Hintergrund ist, dass der Senat dem vom Sejm gewählten Kandidaten von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), Piotr Wawrzyk, in der vergangenen Woche seine Zustimmung verweigert hat. Daher muss der Sejm erneut einen der Kandidaten für das Amt bestimmen. Rudzińska-Bluszcz war bereits mehrere Male von der Regierungsmehrheit im Sejm abgelehnt worden. Sie wirft dieser vor, dass sie das Amt mit einem regierungsfreundlichen Akteur besetzen wolle. Sie sei bereit, erneut zu kandidieren, wenn fachliche Argumente die Besetzung des Amtes bestimmen.
24.02.2021	Der Parteivorsitzende der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO), Grzegorz Schetyna, legt dem Präsidenten des Instituts für Nationales Gedenken (Instytut Pamięci Narodowej – IPN), Jarosław Szarek, den Rücktritt nahe, da er die Verantwortung für die Situation im IPN Breslau (Wrocław) trage. Dort war Tomasz Greniuch als Interimsdirektor der IPN-Zweigstelle eingesetzt worden. Als die Medien bekannt machten, dass er früher zum National-Radikalen Lager (Obóz Narodowo-Radykalny – ONR) gehört sowie den Hitlergruß gezeigt hatte, trat dieser Anfang der Woche zurück. Schetyna wiederholt außerdem seine Forderung, dass das IPN aufgelöst werden muss, da es vom Regierungslager instrumentalisiert werde.
25.02.2021	Präsident Andrzej Duda unterzeichnet das Gesetz zur jährlichen Rentenanpassung. Ab dem 1. März steigt die Rente um 4,24 Prozentpunkte. Damit beträgt die niedrigste Rentenzahlung nach Eintritt in den altersbedingten Ruhestand 1.250,88 Zloty (ca. 280 Euro).

26.02.2021	Der Vizevorsitzende des parlamentarischen Auswärtigen Ausschusses, Arkadiusz Mularczyk (Recht und Gerechtigkeit/Prawo i Sprawiedliwość – PiS), kritisiert Deutschland für den Bau der Gaspipeline Nord Stream 2, die russischen Gaslieferungen dienen soll. Das deutsch-russische Projekt richte sich gegen die Interessen Polens, der Ukraine und Ostmitteleuropas. Anknüpfend an eine unlängst getroffene Aussage von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, interpretiert Mularczyk Nord Stream 2 als eine Form von Reparationszahlungen Deutschlands an Russland für von Deutschland verursachte Verluste und Schäden während des Zweiten Weltkrieges. Mit Polen wolle Deutschland dagegen nicht über Reparationszahlungen sprechen. Deutschland hänge wirtschaftliche Interessen höher als bestimmte Werte, so Mularczyk. Der in der Ausschusssitzung anwesende Botschafter der Bundesrepublik Deutschland, Arndt Freytag von Loringhoven, sagt, Nord Stream 2 sei kein deutsch-russisches Projekt, da auch andere Länder beteiligt seien. Deutschland nehme die Kritik Polens und der USA ernst und sei bereit, in die Debatte über das Verhältnis von kommerziellem Engagement in Russland und Unterstützung der Politik der russischen Regierung einzusteigen.
26.02.2021	Ministerpräsident Mateusz Morawiecki nimmt an der Videokonferenz der EU-Staats- und Regierungschefs teil. Thematisiert werden u. a. Fragen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU im Zusammenspiel mit der NATO und den USA. Mit Blick auf die politische und wirtschaftliche Krise in Belarus und die Repressionen gegenüber Oppositionellen in Belarus appelliert Morawiecki an die Europäische Kommission, die Arbeit an dem von der Visegrád-Gruppe (Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn) im Oktober 2020 vorgeschlagenen Plan zur wirtschaftlichen Unterstützung Belarus' zu intensivieren, damit der Plan im März 2021 vom Europäischen Rat bestätigt werden kann.
01.03.2021	Aus Anlass des Nationalfeiertages zum Gedenken der Verfeimten Soldaten spricht sich Ministerpräsident Mateusz Morawiecki in einem Gespräch mit dem Begründer des Filmfestivals »Stolze, Standhafte, Verfeimte« (Festiwal Filmowy NNW – Niepokorni, Niezłomni, Wyklepci), Arkadiusz Gołębiowski, dafür aus, dass das Gedenken der sogenannten Verfeimten Soldaten in die Popkultur Einzug halten und das Thema das Interesse und die Emotionen der jungen Menschen ergreifen soll. Das staatliche und das von unten kommende Erinnern sollen sich ergänzen. Die sogenannten Verfeimten Soldaten wirkten bis in die 1950er Jahre im bewaffneten antikommunistischen Widerstand in Polen. Ihre Rolle ist umstritten, da sie auch Gewalttaten an der Zivilbevölkerung verübten.
02.03.2021	Der Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) in Luxemburg verkündet ein Urteil zu präjudiziellen Fragen, die im Dezember 2019 von der Zivilkammer der Obersten Gerichtes (Sąd Najwyższy – SN) in Person der Richterin Kamila Zaradkiewiczza an den EuGH gerichtet wurden. Der EuGH hält es für möglich, dass die von der Regierung in Polen neu durchgesetzten Regelungen zur Besetzung von Richterstellen gegen das europäische Recht verstoßen. Sollte ein Gericht in Polen zu der Auffassung gelangen, dass polnisches Recht gegen EU-Recht verstößt, ist es verpflichtet, das polnische Recht unangewendet zu lassen, da das EU-Recht Vorrang habe. Als Reaktion auf das Urteil des EuGH sagt Zbigniew Ziobro, Justizminister und Generalstaatsanwalt Polens, kein polnischer Politiker könne der Auffassung des EuGH zustimmen, da in dem Urteil die polnische Verfassung als nachgeordnetes Recht hinter dem EU-Recht platziert werde. Der EuGH habe seine Kompetenzen überschritten und verletze damit die europäischen Verträge. Die Aufgabe des EuGH sei es nicht, einer politischen Entwicklung Vorschub zu leisten, welche die Föderalisierung und den Aufbau eines föderalen europäischen Staates zum Ziel habe, so Ziobro.
03.03.2021	Regierungssprecher Piotr Müller teilt mit, dass Ministerpräsident Mateusz Morawiecki an das Verfassungstribunal (Trybunał Konstytucyjny – TK) einen Antrag auf Überprüfung gestellt hat, ob die Rechtsnormen der Europäischen Union Vorrang vor der polnischen Verfassung haben. Hintergrund sind mehrere Urteile des Gerichtshofs der Europäischen Union (EuGH), die dem EU-Recht Vorrang vor dem nationalen Recht zusprechen.
04.03.2021	Regierungssprecher Piotr Müller gibt die Berufung eines 21-köpfigen Beratergremiums beim Ministerpräsidenten bekannt. Dem Politischen Rat (Rada Doradców Politycznych) gehören Politiker aus dem Lager von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) an, ihre Tätigkeit ist unentgeltlich. Das Gremium soll die Regierung in politisch-strategischen Fragen beraten.
05.03.2021	Infrastrukturminister Andrzej Adamczyk und Vizeministerpräsident Jarosław Kaczyński nehmen am Baubeginn für den Verbindungstunnel zwischen den Inseln Wollin (Wolin) und Usedom (Uznam) in der Woiwodschaft Westpommern (województwo zachodniopomorskie) teil. Die Baukosten werden mit ca. 912 Mio. Zloty veranschlagt, davon trägt die EU 775 Mio. Zloty. Ende 2022 sollen die Arbeiten abgeschlossen sein.
07.03.2021	In einer Stellungnahme bitten die Angehörigen des Dominikanerordens Konvent des Hl. Adalbert in Breslau (Wrocław) die Opfer von körperlichem, psychischem und sexuellem Missbrauch durch Konventsangehörige in den Jahren 1996–2000 um Verzeihung. Sie fordern die Opfer jeglicher Gewalterfahrungen durch Konventsangehörige auf, sich zu melden, um die Taten ordensintern bzw. strafrechtlich aufzuklären zu können.

08.03.2021	In Warschau (Warszawa), Lodz (Łódź), Posen (Poznań), Breslau (Wrocław), Oppeln (Opole), Rzeszów, Kattowitz (Katowice) und Krakau (Kraków) finden aus Anlass des Internationalen Frauentags Demonstrationen unter dem Motto »Frauentag ohne Kompromisse« statt, zu denen das Netzwerk »Landesweiter Frauenstreik« (Ogólnopolski Strajk Kobiet) aufgerufen hat. Demonstriert wird für die Rechte der Frauen und insbesondere gegen die Verschärfung des Abtreibungsrechtes in Polen.
09.03.2021	Das Außenministerium der Republik Belarus erklärt den Konsul der Republik Polen in Brest (Belarus), Jerzy Timofiejuk, zur Persona ingrata. Als Grund wird dessen Teilnahme an einer Veranstaltung am 28. Februar anlässlich des polnischen Nationalfeiertages zum Gedenken der Verfehten Soldaten (1. März) genannt. Die Veranstaltung hat eine Organisation der polnischen Minderheit in Belarus durchgeführt. Dabei habe es sich um die Heroisierung von Kriegsverbrechern und die zynische Rechtfertigung des Völkermordes an der belarussischen Nation gehandelt, heißt es in der offiziellen Begründung.
10.03.2021	Der stellvertretende Außenminister Marcin Przydacz teilt mit, dass ein Diplomat der Botschaft der Republik Belarus in Warschau zur unerwünschten Person erklärt wurde. Der Hintergrund ist die Ausweisung des Konsuls der Republik Polen in Brest (Belarus), Jerzy Timofiejuk, durch Belarus am Vortag, da dieser an einer Gedenkveranstaltung der polnischen Minderheit in Belarus für die sog. Verfehten Soldaten teilgenommen hatte. Das polnische Außenministerium werte die Geste Belarus' als bewusste Maßnahme, um die bilateralen Beziehungen einzufrieren. Belarus werde aufgerufen, Provokationen zu unterlassen, da sie den Interessen beider Länder nicht dienen.
11.03.2021	Regierungssprecher Piotr Müller gibt bekannt, dass die Regierung Polens einstimmig beim Europäischen Gerichtshof (EuGH) Klage gegen die Rechtsstaatsklausel im EU-Haushalt eingelegt hat. Es soll überprüft werden, ob die Kürzung von EU-Geldern bei bestimmten Rechtsstaatsverstößen zulässig sei. Der sog. »Rechtsstaatsmechanismus« war bei den Verhandlungen über den mehrjährigen EU-Haushalt, der mit Finanzhilfen zur Überwindung der Folgen der Corona-Pandemie verknüpft ist, ausgehandelt worden. Auf Betreiben Polens und Ungarns wurde die Möglichkeit eingeräumt, gegen den Rechtsstaatsmechanismus zu klagen. Auch Ungarn gibt bekannt, Beschwerde beim EuGH eingereicht zu haben.
12.03.2021	Das Außenministerium teilt mit, dass es glaubwürdige Informationen über die Inhaftierung eines polnischen Reporters in Myanmar erhalten hat. Es werde versucht, Kontakt zu dem Festgesetzten herzustellen. Dabei arbeitet die Auslandsvertretung Polens in Bangkok (Thailand) mit der deutschen Vertretung in Myanmar zusammen.
13.03.2021	Die Politiker von Solidarisches Polen (Solidarna Polska) Patryk Jaki, Jacek Ozdoba und Mariusz Gosek rufen auf einer Pressekonferenz die politischen Parteien auf, einen am Vortag in den Sejm eingebrachten Beschluss von Solidarisches Polen zu unterstützen. In diesem gehe es darum, dem falschen Bild vom Menschen, der Ehe und der Familie zu widersprechen, das die Resolution des Europäischen Parlamentes vor zwei Tagen bekräftigt hat. In der Resolution des Europäischen Parlaments wurde die Europäische Union zur Freiheitszone für LGBTIQ erklärt.
15.03.2021	Robert Biedroń, Parteivorsitzender von Frühling (Wiosna), gibt bekannt, dass Piotr Ikonowicz als Kandidat des Parteienbündnisses Die Linke (Lewica) für das Amt des Bürgerrechtsbeauftragten aufgestellt wird. Die Frist für die Anmeldung neuer Kandidaten endet am 19. März. Bisher sind alle Versuche im Sejm bzw. Senat gescheitert, das Amt neu zu besetzen. Die Amtszeit des bisherigen Bürgerrechtsbeauftragten, Adam Bodnar, endete regulär im September 2020, seitdem übt er das Amt einstweilen weiter aus.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Jahrbuch Polen 2021 Oberschlesien

Herausgegeben vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, Wiesbaden 2021, 294 S., zahlreiche Abb. Preis: 15 € (Abo 13,50 €), ISSN 1863-0278, ISBN 978-3-447-11618-3

www.deutsches-polen-institut.de

Bestellung: verlag@harrassowitz.de oder kaluza@dpi-da.de



Zum ersten Mal widmet das Deutsche Polen-Institut das aktuelle Jahrbuch Polen 2021 einer polnischen Region – Oberschlesien. Sie wird dabei als eine deutsch-polnische Grenzregion aufgefasst, in der die verschiedenen Kulturen, Sprachen und Traditionen – deutsche, polnische und ein

wenig auch tschechische – bis heute eine wichtige Rolle spielen.

»Oberschlesien ist eine problematische Region«, schreibt im Jahrbuch die Krakauer Soziologin Maria Szymeja. Diesen Befund sieht die Jahrbuch-Redaktion als Herausforderung, der in den Texten zur politischen, kulturellen und sozialen Lage der Region begegnet wird. Die Grenzen der historisch »oberschlesischen« Woiwodschaften im gegenwärtigen regionalen Kontext all ihrer ethnisch-kulturellen und territorialen Eigenheiten werden ebenso in dieser Perspektive analysiert wie die sozioökonomischen Probleme nach 30 Jahren Transformation, die ökologische Herausforderung u. a. Es geht um die »schwebenden« ethnischen Identitäten der oberschlesischen Bevölkerung, die bis heute in Polen Misstrauen erwecken – genauso wie die Existenz einer deutschen Minderheit und einer Gruppe von Anhänger*innen oberschlesischer Autonomiegedanken inmitten einer Bevölkerungsmehrheit, die sich »nur« als Polen begreift. Die Jahrbuch-Beiträge zeigen die Konfliktlinien und die praktizierten oder angedachten Lösungen, die ein friedliches und lebenswertes (Zusammen)leben in der Region trotz vieler Unterschiede möglich machen.

Gerade Oberschlesien kann nämlich heute beispielhaft für eine ethnisch, kulturell und konfessionell gemischte Region in Europa stehen – in Geschichte und Gegenwart. Das neue Jahrbuch Polen leistet einen Beitrag dazu, in Deutschland, wo das Wissen über Oberschlesien eher schwindet, wieder mehr über die Region und ihre Eigenarten zu erfahren. Dazu laden Essays, Erzählungen, Interviews und Stellungnahmen von Autorinnen und Autoren ein, die durch ihre Meinung das Oberschlesien von heute prägen und den gesellschaftlichen wie kulturellen Dialog in der Region und über sie hinaus befördern.

Inhalt

Einführung
Zbigniew Kadłubek

Warum Oberschlesien?
Wir, die Kinder Voltaires

Deutsch-Polnisches Grenzland

Krzysztof Karwat
Politik in Oberschlesien: Am Wendepunkt

Maria Szymeja
Oberschlesien ist eine problematische Region

Annemarie Franke
Eine Frage der Perspektive: Wo liegt Oberschlesien in Deutschland?

Igor Kąkolewski im Gespräch mit der Redaktion
Oberschlesien gehört ins gemeinsame deutsch-polnische Geschichtsbuch

Małgorzata Płoszaj
Familie Haase aus Rybnik

Rudolf Jaworski
»Wählt deutsch!« – »Głosuj za Polską!« Postkartenpropaganda in Oberschlesien

Gemeinsame Heimat – verschiedene Perspektiven

Horst Bienek
Beschreibung einer Provinz. Aufzeichnungen, Materialien, Dokumente

Stanisław Bieniasz
Die Oberschlesier im 20. Jahrhundert

Szczepan Twardoch im Gespräch mit Emilia Padoł
Ich mag mein ganzes Leben. Diese seltsam verworrene Geschichte gefällt mir.

Matthias Kneip
Markus oder Marek? Der lange Weg zur Zweisprachigkeit in Oberschlesien

Waldemar Gielzok
Die Renaissance der deutschen Sprache in Oberschlesien nach 1989/1990 – ein Rückblick nach drei Jahrzehnten

Karolina Jakoweńko
Ein Grab, zwei Namen

Migrationen

Marcin Wiatr
Seiltänzer und Hochstaplerinnen. Oberschlesier*innen in Deutschland

Porträts von Oberschlesier*innen in Deutschland

Andrzej Michalczyk
Migrationen aus Oberschlesien

Stanisław Bieniasz
Ende, Anfang

Bernard Gaida
Rückkehr der Oberschlesier*innen?

Ferne Heimat? Die junge Generation erzählt

Alltags-Kulturen

Beata Piecha-van Schagen / Beate Störtkuhl
Oberschlesische Arbeitersiedlungen um 1900 als Räume sozialer Kontrolle

Józef Krzyk
Abschied von der Kohle

Thomas Dudek
Poldi, Klose & Co. Fußballer zwischen Deutschland und Polen

Grzegorz Lityński
Schlesisches Kaleidoskop 1919–2018. Von Zeitzeug*innen, Liebhaberinnen und Träumern

Essay zum Abschluss

Jan Opielka
Wer bist Du? Oberschlesien ist ein Geisteszustand

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und weiteren Partnern eines Konsortiums (siehe Titelseite) herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt (www.deutsches-polen-institut.de)

Das seit 1980 tätige Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations- und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Institutionelle Träger des DPI sind das Land Hessen, die Kultusminister der Länder, das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft. Das DPI versteht sich in Kooperation mit den Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten als verbindendes und vernetzendes Zentrum. Mit der 70.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Belletristik in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Herausgeber:

Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Andrzej Kaluza (verantwortlich) (Darmstadt) und Silke Plate M.A. (Bremen)
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Stefan Garsztecki, Technische Universität Chemnitz
Prof. Dr. Klaus Ziemer, Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität Warschau

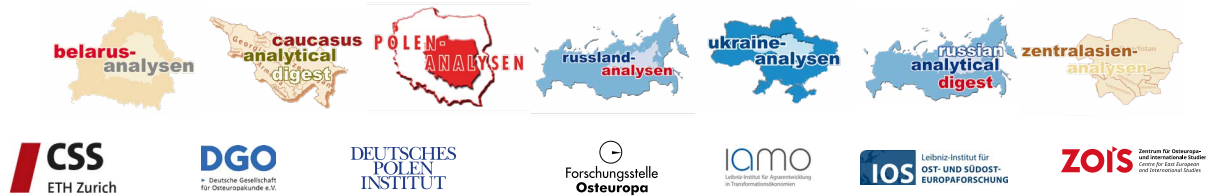
Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1863-9712 © 2021 by Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Deutsches Polen-Institut, Residenzschloss, Marktplatz 15, 64283 Darmstadt,
Tel.: +49/6151/4202-20, Fax: +49/6151/4202-10, E-Mail: kaluza@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

TWITTER, TWEET, RETWEET und das Twitter Logo sind eingetragene Markenzeichen von Twitter, Inc. oder angeschlossenen Unternehmen.